

03 / 04 / 05 / 13

Streif

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

Feierliche Vereidigung in Köln 1.400 neue
Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter

LANDESPOLIZEISCHAU IN DORTMUND /// PRÄVENTIONSTAG IN BIELEFELD



Abwechslungsreich und krisensicher

Mindgt. Wolfgang Düren

Abteilungsleiter »Polizei« im MIK
des Landes Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,
der Beruf der Polizistin bzw. des Polizisten ist abwechslungsreich und krisensicher. Dadurch stellt er für unsere Zielgruppe im Rahmen der Nachwuchswerbung in jedem Jahr ein attraktives Angebot dar. Denn erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber erhalten bereits während der Ausbildung rund 1.000 € monatlich und nach ihrem Abschluss ist die Übernahme in den Polizeidienst garantiert.

Wir suchen im Rahmen unserer Einstellungskampagnen für die Polizei NRW auch weiter besonders nach jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Im letzten Einstellungsjahrgang 2012 hatten rund 12 Prozent der Neueingestellten einen Migrationshintergrund. Diesen Erfolg verdankt die Polizei NRW dem sogenannten »Modell der direkten Ansprache«, das im Bereich der Nachwuchswerbung die Bewerberinnen und Bewerber mit Zuwanderungsgeschichte durch spezielle Werbemittel anspricht und sie auch nach der Bewerbung besonders betreut. Bewerberinnen

und Bewerber mit Wurzeln aus anderen Kulturkreisen bringen durch ihre zusätzlichen Sprachkenntnisse und ihren kulturellen Hintergrund für die Polizei gesuchte Kompetenzen mit.

Ein Schwerpunkt dieses Heftes liegt in der Berichterstattung über die diesjährige Vereidigungsfeier, die am 14. März 2013 in Köln stattfand.

Mit ihrem Diensteid bekräftigten unsere polizeilichen Nachwuchskräfte, sich langfristig für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen und sich zu Freiheits- und Menschenrechten zu bekennen. Die jungen Polizistinnen und Polizisten übernehmen durch den Diensteid und den Polizeiberuf in besonderer Weise Verantwortung für unsere demokratische und rechtsstaatliche Ordnung.

Gestatten Sie mir daher am Ende einen kurzen Blick voraus: Die Polizei NRW ist in jedem Jahr auf der Suche nach den am besten geeigneten jungen Nachwuchskräften. Unsere diesjährige Online-Bewerbungskampagne 2013 wird im Internet zum 3. Juni gestartet.

Ihr Wolfgang Düren

INHALT

02 __ Editorial
47 __ Impressum

TITEL

04 __ Eine große Show für den polizeilichen Nachwuchs 1.400 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter vereidigt

EINSATZ

12 __ Neue Richtlinien zu Verfolgungsfahrten werden erarbeitet Polizeiliche Praxis wird intensiv beteiligt
14 __ Die Bereitschaftspolizei in NRW zeigt starke Leistungen Besuch des IBPdL Wolfgang Lohman

KRIMINALITÄT

15 __ Weniger Gewalt, mehr Einbrüche in NRW Polizeiliche Kriminalstatistik 2012
20 __ Klare Regeln für den Konfliktfall »Kurve kriegen« in Hagen: Jungen lernen, fair zu kämpfen

23 __ Großteil der Polizei NRW an einem gemeinsamen Stand Der 18. Deutsche Präventionstag
26 __ Fingerabdrücke von verwesenen Leichen Studie erfolgreich abgeschlossen

VERKEHR

28 __ Kopf und Herz werden erreicht Bereits mehr als 100.000 Jugendliche bei »Crash Kurs NRW«

PERSONALIEN

30 __ Aktiv im Dienst nach Krebs, Schlaganfall oder Dienstunfall Behinderte Mitarbeiter bei der Polizei NRW
32 __ Blindenführhund und Brille Britta Bochnig arbeitet als Sehbehinderte beim LKA
35 __ Im Einsatz bei der Auswertung und Analyse Blinde Bedienstete beim Landeskriminalamt

36 __ Brückenschlag zwischen den Kulturen Uwe Böhm erhält Preis des Integrationsrats der Stadt Hagen
36 __ In neuer Funktion

PRISMA

37 __ Herausragende polizeiwissenschaftliche Forschungen gesucht Der »Preis der Deutschen Hochschule der Polizei 2013«
38 __ Ein Tag mit uns – diesmal in Dortmund Die Landespolizeischau wird akribisch organisiert
42 __ Verbesserte rechtliche Grundlagen für die Polizeiarbeit Novellierung des PolG NRW/Änderung des POG NRW
44 __ Les commissariats européens Gemeinsamer Einsatz in Frankreich

PREISRÄTSEL

46 __ Multimediale Percussion- und Tanzshow Verbündete im Dienst des Rhythmus



04 FEIERLICHE VEREIDIGUNG IN KÖLN



23 PRÄVENTIONSTAG IN BIELEFELD



38 LANDESPOLIZEISCHAU IN DORTMUND

EINE GROSSE SHOW FÜR DEN POLIZEILICHEN NACHWUCHS

1.400 KOMMISSARANWÄRTERINNEN UND KOMMISSARANWÄRTER
VEREIDIGT

Mitte März war es wieder so weit: Das Polizeipräsidium (PP) Köln richtete bereits zum vierten Mal die feierliche Vereidigung der angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten aus. Der feierliche Eid wurde am Ende der Veranstaltung geleistet. Davor gab es ein dreistündiges, abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit Showelementen und Reden. Die »Neuen« erhielten viele gute Ratschläge mit auf ihren weiteren Ausbildungsweg. Eins wurde allen klar: Bei der Polizei ist kein Tag wie der andere. Und am besten arbeitet man in einem Team, in dem man sich aufeinander verlassen kann und sich gegenseitig unterstützt. Darauf baut der motivierte Nachwuchs – und das versprechen ihnen auch die Ausbilder und künftigen Kolleginnen und Kollegen.

Es ist ein Gänsehaut-Moment in der Lanxess-Arena in Köln. Zu den Klängen von »Conquest of Paradise«, gespielt vom Landespolizeiorchester, ziehen gegen 11.15 Uhr die 1.400 künftigen Polizistinnen und Polizisten in Zweierreihen in den Innenraum der großen Sport- und Konzerthalle ein. Alle in der Halle stehen auf: Die Eltern, Geschwister und Lebensgefährten, die auf den Rängen schon seit mehr als einer Stunde ein spannendes Vorprogramm gesehen haben; die Ehrengäste aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Landtag, die TutorInnen aus den Polizeipräsidien, die DozentInnen von der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, die TrainerInnen vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW). Sie erweisen dem Nachwuchs die Ehre. Zum ersten Mal tragen die 1.400 Anwärterinnen und Anwärter offiziell ihre blaue Uniform mit den weißen Mützen. Sie können an diesem Tag zu Recht stolz sein, denn sie haben sich im vergangenen

Jahr in einem Assessment Center unter 8.655 Bewerberinnen und Bewerbern durchgesetzt. Schon im September 2012 haben sie ihre dreijährige Ausbildung mit einer Theoriephase an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung begonnen. Bevor sie ins Training beim LAFP einsteigen, wurden sie nun feierlich vereidigt.

Show und Infotainment

Schon mehr als eine Stunde vor Beginn der eigentlichen Veranstaltung füllten sich die Ränge der Lanxess-Arena. Rund 5.500 Menschen waren gekommen. Sie wurden von den Klängen des präzise und gekonnt spielenden Landespolizeiorchesters unter der Leitung von Scott Lawton begrüßt, das bei einigen Songs auch Kriminaloberkommissar Oliver Schmitt vom PP Aachen begleitete – einen erfahrenen Musical-Sänger mit ebenso kräftiger wie geschmeidiger Baritonstimme. Durch das gesamte Veranstaltungsprogramm führten wie in den vergangenen Jahren zwei Moderationsprofis: Polizeihauptkommissar Wolfgang Baldes, Pressesprecher am PP Köln und die Erste Polizeihauptkommissarin Cornelia Leppler, die in gleicher Funktion im PP Hagen tätig ist. Sie moderierten nicht nur die halleninternen Beiträge an, wie z. B. die der polizeieigenen Musicalgruppe »Dance Company«, die in selbst genähten, aufwändigen Kostümen Ausschnitte aus drei Musicals präsentierten, sondern gaben eine sehr gelungene Schaltungen nach draußen: Denn vor der Lanxess-Arena zeigten verschiedene Einheiten der NRW-Polizei die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Polizistinnen und Polizisten in NRW: Unter anderem einen Einsatzhubschrauber, den neuesten Wasserwerferwagen »Wawe 10« und ein Spezialfahrzeug zur Verkehrsunfallaufnahme. Auch die Landesreiterstaffel und >





die kriminaltechnische Untersuchungsstelle präsentierten sich. Die Angehörigen der künftigen Beamten und Beamtinnen erlebten eine beeindruckende Leistungsshow der NRW-Polizei. Ganz besonders gelungene Beiträge zum Programm lieferte die Bochumer Kabarettistin Esther Münch, die in ihrer Rolle als Putzfrau Waltraud Ehlert zweimal die Veranstaltung »unterbrach« und auf eine sehr direkte und humorvolle Art treffende Tipps weitergab, beispielsweise zu den Erwartungen an das Verhalten im Polizeidienst und zum Sinn des Schwörens auf die Verfassung.

Schlichten und Regeln

Zuerst begrüßte der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers als Gastgeber der Veranstaltung die Anwärter und Anwärterinnen. »Eigentlich würde ich gerne jedem und jeder von Ihnen persönlich die Hand geben, denn Sie sind 1.400 junge Persönlichkeiten mit verschiedenen Erfahrungen, Hoffnungen und Erwartungen«, meinte er und blickte in die Zukunft: »Ab Juli werden Sie nun in den unterschiedlichen Kreispolizeibehörden Ihre ersten praktischen Erfahrungen machen. Sie werden dort erstmals auf Bürgerinnen und Bürger treffen, die von Ihnen Schutz und Hilfe erwarten, denen Sie aber auch schlichtend und regelnd gegenübertreten müssen. Seien Sie sich dabei aber auch stets bewusst, dass Sie immer als Vertreter unseres Gemeinwesens, des Staates, diesen repräsentieren und Ihr Engagement und Ihr Auftreten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat bei den Bürgerinnen und Bürgern stärkt.«

Kommen Sie immer gesund zurück!

Die Festrede hielt dann NRW-Innenminister Ralf Jäger. Er wies einleitend darauf hin, dass der nächste Jahrgang sogar 1.477 AnwärterInnen umfassen werde: »Dass das alles bei begrenzten finanziellen Mitteln überhaupt geht, hängt auch damit zusammen, dass der Landesgesetzgeber diese Notwendigkeit, dass wir mehr Polizeibeamte brauchen, erkannt hat.« Er bedankte sich bei den anwesenden Landtagsabgeordneten für deren Unterstützung.

Mit diesen hohen Einstellungszahlen kommen alle Ausbildungsträger an ihre Belastungsgrenze, aber »wir brauchen Sie, die Bürgerinnen und Bürger brauchen Sie und deshalb ist es gut, dass es so viele sind.«

Jäger sagte, es sei wichtig, dass 161 der Anwärterinnen und Anwärter (knapp zwölf Prozent) eine Zuwanderungsgeschichte hätten. »Sie besitzen kulturelle Erfahrungen und Sprachkenntnisse, die Sie in ihrer täglichen Arbeit zusätzlich nutzen können. Diese besonderen Kompetenzen braucht auch die NRW-Polizei«, meinte der Minister, und weiter: »Sie sind auch Vorbilder, weil es zeigt: Wenn man sich in diesem Land gut bildet, dann ist es egal, wie man heißt, egal, wo man herkommt, man kann trotzdem erfolgreich sein.«

Er wies auf die Werte der Verfassung hin, die die AnwärterInnen ab jetzt nach außen vertreten würden und machte anhand vieler Beispiele klar, welche Aufgaben auf eine Polizistin und einen Polizisten zukommen und welche Bedeutung die Präventionsarbeit in der Polizeiarbeit hat. Jäger stellte den Anwärtern und Anwärterinnen die NRW-Präventionsinitiativen »Riegel vor!«, »Kurve kriegen« und »Crash Kurs NRW« vor und erläuterte noch einmal den Sinn der Blitzmarathons.

Der Minister ging auch auf die große Bedeutung des Teamworks bei der Polizei ein: »Sie können sich auf starke Kolleginnen und Kollegen verlassen, die Ihnen vertrauen und die Sie unterstützen werden und sie werden Ihnen auch den Rücken frei halten. Darauf können Sie zählen.« Abschließend wünschte er den AnwärterInnen, dass sie am Ende ihres Berufslebens einmal sagen können, sie hätten es richtig gemacht und dieser Beruf habe sie erfüllt: »Bewahren Sie sich Ihre Motivation, verlieren Sie nie die Freude an dieser ganz besonderen Aufgabe und kehren Sie in Zukunft immer stets gesund aus dem Einsatz zurück.«

Anschließend sprach Dietrich Bredt-Dehnen, Leitender Landespfarrer für Polizeiseelsorger der Evangelischen Kirche im Rheinland, über die Herausforderungen des Berufs und er bot den Anwärtern und Anwärterinnen an, dass die Polizeiseelsorge sie auf ihrem Weg begleitet.



Fotos (4): Julia Fischer

Auf der Bühne der Lanxess-Arena wurde der Zugriff eines SEKs bei einer Geiselnahme simuliert.

Vielfältige Erwartungen

Besonders aufschlussreich für alle Teilnehmenden war ein Spielfilm. In ihm wurden die Anwärter und Anwärterinnen unter anderem gefragt, warum sie überhaupt zur Polizei wollten. Am häufigsten wurde genannt, dass die Arbeit bei der Polizei ein abwechslungsreicher Beruf sei. Ein Anwärter meinte: »Ich wollte schon immer zur Polizei: Weil der Beruf abwechslungsreich, spannend und auch gleichzeitig sicher ist.« Eine Kollegin ergänzte: »Ich konnte mir keinen Beruf vorstellen, bei dem ich die ganze Zeit im Büro sitze«, ein anderer junger Anwärter erklärte: »Ich arbeite sehr gern mit Menschen. Die Polizeiarbeit bietet ein spannendes Arbeitsfeld und macht auch Spaß.« Viele sehen im Polizeiberuf schon jetzt mehr als einen Job. »In erster Linie will ich Menschen helfen und ich will mit Menschen zusammenarbeiten.« Es wird allgemein als spannend empfunden, dass jeder Tag ganz anders werden kann als man es erwartet. »Der Reiz liegt darin, sich den täglichen Herausforderungen zu stellen und diese im Team zu meistern.«

Die Anwärter und Anwärterinnen wurden auch zu ihren Erwartungen an den Beruf befragt. »Ich erwarte Rückhalt, von meinen Kollegen, von den Bürgern, von meinen Mitstudenten, von der Ausbildungsleitung und vor allem auch von der Politik«, meinte ein Anwärter. Eine Kollegin setzte andere Akzente: »Ich erwarte, dass ich mit den Kollegen Einsatzlagen meistern und viel Spaß bei der Arbeit haben werde. Ich erwarte, mit Menschen verschiedener Gesellschaftsschichten zu tun zu haben und dadurch helfen, verändern und mitgestalten kann.« Auch die Vielfalt künftiger Einsatzmöglichkeiten wird hoch geschätzt: »Ich gehe mit der Erwartung an den Beruf, dass ich viel von der Polizei kennenlernen kann, dass ich mich verändern kann und dass ich mich immer wieder fortbilden kann.«

Forderungen an die Politik

Traditionell spricht bei einer Vereidigungsfeier auch ein Kommissaranwärter stellvertretend für seine Kollegen und Kolleginnen. Diesmal war es Dominik Heuser. Er hielt eine selbstbewusste Ansprache, die zeigte, dass er sich mit seinem künftigen Beruf und dessen Rahmenbedingungen bereits intensiv auseinandergesetzt hat. »Wir sind stolz darauf, heute hier sein zu dürfen«, meinte er: »Der Beruf eines Polizeibeamten ist nicht einfach ein Job – er ist Berufung. Er setzt die richtige Einstellung voraus und das heißt, Vorbild zu sein und sich nicht wegzuducken oder wegzuschauen, wenn es brenzlich wird.« Es sei ein fordernder Beruf, der auch gefährlich sein könne. Bei den Angehörigen bedankte er sich für deren Unterstützung und Verständnis für die mit dem Beruf verbundenen Belastungen.

Begeistert zeigte er sich vom Slogan der NRW-Polizei »Teamwork live«: »Er steht für Zusammenhalt, Vertrauen, Verantwortung, Stärke, Toleranz, Einfühlungsvermögen, aber auch Teamgeist und Freude am Job.« Alle Anwärter und Anwärterinnen seien hoch motiviert.



Doch die Arbeit als Polizist erfordere die klare und unmissverständliche Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen. Heuser ging auf die Diskussion um das Einstiegsgehalt älterer Kommissaranwärter und -anwärterinnen ein, die er als kontraproduktiv bezeichnete. An NRW-Innenminister Ralf Jäger gewandt meinte er: »Ich hoffe doch, dass aus Ihrer Verpflichtung und unseren Pflichten keine Pflichtenkollision entsteht. Denn für uns wäre das fatal, wenn wir wegen Sparbeschlüssen nicht mehr die Rahmenbedingungen hätten, um unsere Pflichten erfüllen zu können.«

Anschließend wurden die 1.400 Anwärter und Anwärterinnen vom Leitenden Polizeidirektor Michael Temme vereidigt. Danach löste sich bei allen die Anspannung. Vor der Lanxess-Arena warfen die AnwärterInnen für die Fotografen ihre Mützen in die Luft. Eltern umarmten stolz ihre frisch vereidigten Kinder. Die eine oder andere Freundin bekam vorübergehend die Dienstmütze aufgesetzt. Und alle bestaunten und erkundeten die Einsatzfahrzeuge, die vor der Arena aufgestellt waren und ließen sich deren Funktionen erläutern. ///

Walter Liedtke

DREI SÄULEN TRAGEN DIE AUSBILDUNG

»POLIZEI LIVE« VON DER ERSTEN MINUTE AN DIE PRAKTIKA IN DER WACHE KÖLN-KALK



Fotos (4): Julia Fischer

Heike Gehrman arbeitet als Dienstgruppenleiterin in der Wache Kalk in Köln und betreut die Auszubildenden, die dort ihre Praktika machen.

Wir führen die jungen Kollegen Schritt für Schritt an den praktischen Polizeidienst heran. Sie lernen erst einmal, wie ein Streifenwagen aussieht und wie das ganze Innenleben des Wagens funktioniert. Das Wichtigste in den Praktika ist aber das tägliche Einsatzgeschehen und der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Jedem Studierenden wird ein fester Tutor zugewiesen, ein Kollege aus dem Wachdienst. Er betreut den Praktikanten möglichst durchgängig während der ganzen Studienzeit. In den Praktika sind die Kollegen im Streifenwagen zu dritt unterwegs. Der junge Kollege nimmt auf dem Beifahrersitz Platz und erlebt dann von der ersten Minute an »Polizei live«.

Ich bilde nicht direkt aus, sondern ich nehme die Prüfungen ab. Dafür suche ich vorher passende Einsatzanlässe aus und fahre dann mit. Ich begleite einen Einsatz komplett, schaue mir an, wie sich der junge Kollege verhält und befrage ihn vor Beginn des Einsatzes nach den rechtlichen Grundlagen. Die muss er richtig benennen können. Nach Ende des Einsatzes mache ich eine Auswertung anhand eines Bewertungsbogens. Daraus errechnet sich dann eine Prüfungsnote.

Im ersten Praktikum sind die Einsätze noch sehr einfach. Da geht es dann um eine Identitätsfeststellung oder die Durchsuchung einer Person. Im vierten Praktikum wird ein kompletter Einsatz geprüft wie ein Einbruch oder ein Fall häuslicher Gewalt. Defizite gibt es häufig beim Stand der Allgemeinbildung, beispielsweise in der Rechtschreibung. Da merkt man, dass die Anwärter und Anwärterinnen das in der Schule nicht mehr so gut lernen. Die jungen Frauen sind übrigens in den ersten beiden Praktika meist deutlich weiter als ihre Kollegen. Bei den jungen Männern beobachte ich, dass die anfangs noch sehr jung wirken. Im dritten Praktikum holen aber viele von ihnen mächtig auf. Dann sind sie plötzlich erwachsen geworden.

AUSBILDUNGSTRÄGER ARBEITEN HAND IN HAND DAS STUDIUM AN DER FHÖV



Kriminaloberrätin Andrea Nagel ist Dozentin für Rechtswissenschaften an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (FHÖV). Sie unterrichtet dort Kriminalistik, Kriminaltechnik und Kriminologie.

Ich bin in erster Linie zuständig für den Bereich Kriminalitätsbekämpfung und bringe den Studierenden zum Beispiel bei, wie eine Vernehmung unter Berücksichtigung rechtlicher und taktischer Aspekte durchzuführen ist. Das geschieht in Lehrveranstaltungen mit jeweils 25 Studierenden. Durch das gezielte Einbeziehen von Beispielen aus der polizeilichen Praxis sollen die Studierenden das Rüstzeug für das Training und die Praxis erhalten. In diesem Zusammenhang wird sehr viel Wert auf die mit allen Ausbildungsträgern abgestimmte Verzahnung gelegt. Was bei uns theoretisch erarbeitet wird, das wird im LAFP trainiert und anschließend in der Praxis hoffentlich erfolgreich umgesetzt.

Bei uns steht der Mensch im Vordergrund. Wir brauchen keine Kommissare, die cool und einsam ermitteln, wie uns das im Fernsehen beispielweise im neuen »Tatort« mit Til Schweiger vermittelt wird. Gefragt sind vielmehr Kolleginnen und Kollegen mit Teamgeist, sozialer Kompetenz und guten kommunikativen Fähigkeiten, die die Bürger da abholen, wo sie stehen. Dafür bringen die Studierenden bereits die richtigen Eigenschaften mit, die im Rahmen des Studiums noch geschärft werden.

Da ich viele Studierende auch in schwierigen Situationen betreue, freue ich mich, dass ab diesem Jahrgang durch die Reduzierung der Zahl der Prüfungen und die Einführung der »Joker-Variante« die Anspannung und Nervosität geringer werden dürfte. Das liegt mir persönlich sehr am Herzen. Die Verlängerung des Grundlagenmoduls zur Vermittlung von »Basics« in allen Bereichen wird von mir ausdrücklich begrüßt.

In meiner eigenen Ausbildung habe ich eine Vereidigungsfeier wie heute leider nicht erlebt. Hier entstehen nachhaltige Eindrücke für die Studierenden und für ihre Familien. Bei einem späteren Rückblick auf die polizeiliche Laufbahn wird dieser Tag mit Sicherheit ausgesprochen positiv in Erinnerung bleiben.

Die Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter werden von gleich drei Institutionen ausgebildet: An der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) lernen sie die Theorie, das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) ist für Trainings zuständig und in den 47 Kreispolizeibehörden des Landes absolvieren sie ihre Praktika. Der jetzt vereidigte Jahrgang ist der erste, der nach einer modifizierten Studienordnung ausgebildet wird. In diese Reform sind die Erfahrungen aus den ersten Bachelor-Studienjahren seit dem Jahr 2008 eingeflossen.

ROLLENSPIELE IM SCHONRAUM DIE TRAININGSPHASEN BEIM LAFP



Polizeioberkommissar René Maaßen trainiert die Studierenden beim Landesamt für Ausbildung und Fortbildung des Landes NRW (LAFP NRW) im Bildungszentrum Brühl.

Das Training hat einen hohen Stellenwert, weil die Studierenden hier die Möglichkeit haben, in einem Schonraum die theoretisch erworbenen Kenntnisse auszutesten. Wir versuchen, Standards umzusetzen und mit Leben zu füllen, damit die Studierenden fit gemacht werden für den Dienst draußen.

Ich selbst komme aus dem Bereich Verkehrssicherheitsarbeit. Ich trainiere mit den Studierenden den Bereich Verkehrskontrollen, Unfallaufnahme, Verkehrsstraftaten, Unfallflucht und so weiter. Auf dem Gelände unserer Liegenschaft stellen wir Verkehrsunfälle oder Verkehrskontrollen nach. Wir machen das in Form von Rollenspielen und versuchen, alles möglichst realistisch darzustellen. Neben der Verkehrssicherheitsarbeit (VS) werden auch noch zwei weitere Bereiche beim LAFP trainiert: Das sind die Bereiche Gefahrenabwehr/Einsatz (GE) und die Kriminalitätsbekämpfung (K).

Nach der reformierten Ausbildung gibt es jetzt vier statt fünf Trainingsmodule. In diesen ist jeweils ein Lehrender aus allen drei Bereichen beteiligt. Außerdem gibt es einen Kursverantwortlichen, der den Kurs betreut und begleitet. Die Studierenden haben jetzt beim LAFP einen festen Ansprechpartner. Dadurch haben wir als Lehrende auch die Chance, sie gerechter zu bewerten, weil wir sie einfach über einen längeren Zeitraum beobachten. Wir gehen übrigens weg vom Abprüfen einzelner Aufgaben hin zu einer dienstlichen Bewertung. Wir beobachten die Studierenden über den kompletten Zeitraum und bewerten im Prinzip ständig. Dadurch fällt eine punktuelle Prüfung am Ende des Trainings weg.

Wenn ich nach Ende der Trainings das Gefühl habe, mit diesen Studierenden würde ich gerne Streife fahren, dann habe ich mein Ziel erreicht. Das klappt meistens.

FAMILIE UND FREUNDE STEHEN VOLL HINTER MIR DIE KOMMISSAR- ANWÄRTERIN KATHARINA HONRATH



Katharina Honrath leistete in Köln den Eid auf die Verfassung – und zwar auf der Bühne der Lanxess-Arena neben LPD Michael Temme und ihrem Kollegen Dominik Heuser.

Bis jetzt haben wir seit Beginn des Bachelor-Studiums an der Fachhochschule nur Theorie gemacht. Nach den Klausurphasen Ende April kommen wir dann zum Training nach Brühl. Am meisten hat mich in der Ausbildung bislang interessiert, was uns die Dozenten erzählt haben. Die sind teilweise selbst noch aktiv im Dienst und es war interessant, zu hören, was die alles schon erlebt haben. Sie haben die ganzen Paragraphen mit eigenen Erlebnissen verknüpft. Das war immer super interessant.

Für das Ablegen des Eids auf der Bühne wurde ich ausgewählt, weil ich über die Ausbildung Dominik Heuser kennengelernt habe, der heute stellvertretend für uns die Rede hält. Wir fahren morgens gemeinsam mit dem Zug, machen ein wenig Sport zusammen und er hat mich dann gefragt, ob ich das machen wolle.

Heute sind meine Mutter, mein Vater und mein Bruder mit bei der Vereidigung. Die sind froh, dass ich Polizistin werden will. Sie meinen, das passt zu mir und sie haben sich gefreut, dass das jetzt auch geklappt hat. Meine Mutter hatte aber etwas Bedenken wegen der Gefahren, zum Beispiel beim Einsatz bei Demonstrationen. Da macht sie sich ein bisschen Sorgen. Aber insgesamt habe ich nur Unterstützung erhalten. Aus der Familie und aus dem Freundeskreis.

Vom heutigen Tag erwarte ich gute Stimmung, dass man merkt, wie außergewöhnlich es ist, von 8.500 Bewerbern jetzt hier dabei zu sein unter den 1.400 Ausgewählten. Da kann man ein bisschen stolz auf sich sein. Ich freue mich für alle und hoffe, dass das für alle eine schöne Feier wird. ///

Die Interviews führte Walter Liedtke

TITEL

KÜMMERT EUCH UM UNSERE JUGEND!

DIE PAVEIER ENGAGIEREN SICH BEI »KURVE KRIEGEN«



Fotos (3): Julia Fischer



Ein besonderer Moment bei der Vereidigungsfeier war der Auftritt der Kölner Band »Paveier«. Sie haben sich aus eigener Initiative als Ehrenamtler beim Präventionsprojekt »Kurve kriegen« gemeldet. In Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt kümmern sie sich um Jugendliche, die in diesem Projekt betreut werden. Auf ihrer aktuellen CD haben sie auch einen Song mit dem Titel »Kurve kriegen« eingespielt, den sie bei der Vereidigungsfeier live darboten. Auf der Bühne unterhielt sich Moderator Wolfgang Baldes mit den »Paveiern« und mit NRW-Innenminister Ralf Jäger über »Kurve kriegen«.

Baldes: Herr Jäger, was macht das Projekt »Kurve kriegen« für Sie so wichtig?

Jäger: Wir dürfen als Rechtsstaat nicht nur einfach zuschauen, wie Kinder und Jugendliche nicht mehr die Kurve kriegen, sondern stattdessen als Intensivstraftäter auffallen und einen Lebensweg vor sich haben, der kaum noch einen Ausweg bietet. Wir arbeiten bei diesem Projekt mit Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch mit Ehrenamtlern zusammen, um etwas an den Ursachen zu verändern. Das sind Kinder und Jugendliche, die oft mangelndes Selbstbewusstsein haben und um Anerkennung ringen.

Baldes: Sven Welter, du bist Sänger bei den Paveiern. Weshalb habt ihr euch für dieses Projekt entschieden?

Welter: Wir wollten etwas für und mit Kindern und Jugendlichen machen und uns in diesem Bereich engagieren. Dann habe ich im Internet nach einem passenden Projekt gesucht und bin auf »Kurve kriegen« gestoßen. In der Band ist das Projekt sofort auf große Gegenliebe gestoßen. Weil man genau da etwas bewegen kann, wo es noch Sinn macht.

Baldes: Ihr seid seit 2012 dabei. Was habt ihr bislang gemacht?

Welter: Wir arbeiten eng mit der AWO zusammen. Über die habe ich zum Beispiel zwei Jugendliche kennengelernt, die Interesse am Tischtennis hatten. Da ich das früher mal intensiver betrieben habe, bin ich mit den Jungs in einen Verein gegangen, habe dort mit ihnen gespielt und ihnen viel erklärt und sie für den Tischtennis sport begeistert.

Baldes: Sven Vorholt, ihr habt auch ein Lied und ein Video für »Kurve kriegen« gemacht. Wie ist das Video entstanden?

Vorholt: Wir haben ein Videoteam rausgeschickt und die sind in soziale Brennpunkte hier in Köln gefahren und haben Jugendliche einen ganzen Tag mit der Kamera begleitet. Anschließend haben sie die Jugendlichen zu uns ins Studio gebracht und wir haben sie dann mit dem Lied konfrontiert und versucht, sie zum Mitsingen zu bringen. Im Zuge dieser Arbeit haben wir erfahren: Es ist eigentlich vollkommen egal, was man macht. Hauptsache, man beschäftigt sich mit ihnen. Das ist unsere Aufgabe in unserer Gesellschaft: Wehret den Anfängen, kümmert euch um die Jugend, weil sie unsere Zukunft ist.



NRW-Innenminister Ralf Jäger (l.), Paveier-Frontmann Sven Welter (r.)

Neue Richtlinien zu Verfolgungsfahrten werden erarbeitet

Polizeiliche Praxis wird intensiv beteiligt



Verfolgungsfahrten bergen hohe Risiken für alle Verkehrsteilnehmenden im öffentlichen Straßenverkehr. Neben dem Verfolgten sind hier auch die Verfolger sowie unbeteiligte Verkehrsteilnehmende besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW hat im März 2012 die Arbeitsgruppe »Landesteil« eingesetzt, um den mittlerweile 15 Jahre alten Landesteil NRW zur Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 vs-NfD Teil K »Polizeiliche Einsatzfahrten unter Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten, Verfolgungsfahrten« zu überarbeiten. Die Arbeitsgruppe besteht aus 14 Mitgliedern. Sie wurden so ausgewählt, dass die fachlichen und regionalen Besonderheiten der Polizeibehörden in diesem Themenbereich ganz besonders vertreten sind.

Der neue »Landesteil« wird ausschließlich die Verfolgungsfahrten zum Thema haben und diese neu regeln. Die Arbeitsgruppe hat sich dabei das Ziel gesetzt, den landesweiten Standard für Verfolgungsfahrten vor dem Hintergrund der taktischen und technischen Entwicklungen anzupassen. Außerdem soll die Handlungssicherheit der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten gesteigert werden. Die polizeilichen Einsatzfahrten unter Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten werden durch einen gesonderten Erlass des MIK NRW geregelt.



Verfolgungsfahrten stellen oft ein zu hohes Risiko dar

Die Arbeitsgruppe hat umfangreiches Datenmaterial erhoben und ausgewertet. In bislang acht Sitzungen wurden daraus

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für eine Neufassung des »Landesteils« gezogen. Bei der Auswertung von insgesamt 318 Verfolgungsfahrten der Kalenderjahre 2010 bis 2012 wurde u. a. die Erkenntnis bestätigt, dass der Anlass einer Verfolgungsfahrt und das tatsächliche Fluchtmotiv bei der überwiegenden Zahl der Sachverhalte in keinem vertretbaren Verhältnis zu den in Kauf genommenen Risiken und den Folgen stehen. Der lagebedingte Abbruch einer Verfolgungsfahrt mit anschließendem Übergang in eine Fahndungs- bzw. Ermittlungslage ist daher ein Zeichen sachgerechter, professioneller polizeilicher Aufgabenbewältigung.

Workshopergebnisse fließen in den Abschlussbericht ein

Im Februar 2013 wurde ein eintägiger Workshop zum Thema Verfolgungsfahrten im Bildungszentrum »Carl Severing« in Münster mit 73 Teilnehmenden aus 20 Kreispolizeibehörden, dem Landeskriminalamt (LKA), dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) durchgeführt. Ziel dieses Workshops war, eine breit gefächerte Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus der polizeilichen Praxis herzustellen und deren Anregungen und Erfahrungen in die Arbeit der Arbeitsgruppe einfließen zu lassen.

Die Teilnehmenden wurden nach fachlichen und regionalen Gesichtspunkten ausgewählt. Es kamen Dienstgruppenleiterinnen und Dienstgruppenleiter, Wachdienstführerinnen und Wachdienstführer der Leitstellen, der Kriminalwachen, der Polizeiwachen und der Autobahnpolizei, Kradfahrerinnen und Kradfahrer, Kolleginnen und Kollegen, die mit dem mobilen Verkehrsüberwachungssystem ProViDa arbeiten sowie weitere Expertinnen und Experten aus den Landesoberbehörden und den Spezialeinheiten.

Die Ergebnisse des Workshops wird die Arbeitsgruppe bei der Erstellung des Abschlussberichtes sowie der Überarbeitung des »Landesteils« besonders berücksichtigen. Die »Streife« wird weiter über dieses Thema berichten. ///

Helmut Lennartz, PP Aachen

Die Bereitschaftspolizei in NRW zeigt starke Leistungen

Besuch des IBPdL Wolfgang Lohmann im Innenministerium



Links IBPdL Wolfgang Lohmann, rechts LPD Heinen Einsatzreferent Polizei NRW

Foto: Redaktion

DIE AUFGABEN DES IBPdL

Der IBPdL fungiert als Bindeglied zwischen dem Bund und den Bereitschaftspolizeien der Länder. Der IBPdL zeichnet sich für folgende Aufgabenbereiche verantwortlich:

- > Gewährleistung der Einhaltung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Länder (BRAS 140.1)
- > Beschaffung, Weiterentwicklung und Neukonzeption von Führungs- und Einsatzmitteln
- > Sicherstellung eines aktuellen Aus- und Fortbildungsstandes der Bereitschaftspolizeien der Länder
- > Koordination der Bereitstellung von Einsatzkräften bei internationalen Großeinsätzen
- > Koordination aller Themen im Zusammenhang mit Sport und Sicherheit, insbesondere Fußball, für das Bundesministerium des Innern.

Wolfgang Lohmann, der neue Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL), stattete Ende Februar dem Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW seinen Antrittsbesuch ab.

Lohmann, der das Amt im August letzten Jahres übernommen hatte, wurde im Ministerium vom Abteilungsleiter Polizei, Wolfgang Düren, sowie vom Einsatzreferenten Bernd Heinen begrüßt. Herr Lohmann kommentierte den Umstand, dass NRW als letztes der Länder von ihm besucht wurde, mit einem Augenzwinkern und dem Zusatz »Das Beste kommt zum Schluss«.

Kontroverse Themen angesprochen

Lohmann hob im persönlichen Gespräch mit den drei nordrhein-westfälischen Abteilungsführungen aus Bochum, Köln und Wuppertal den hohen Leistungsstand der nordrhein-westfälischen Bereitschaftspolizei hervor.

Die Abteilungsführungen und der IBPdL sprachen in der folgenden offenen und konstruktiven Diskussion speziell über die Themen Ausstattung und Finanzierung, modifizierte Regelungen zu Verwendungszeiten in den Bereitschaftspolizeien sowie zur Frage der voneinander abweichenden Auftragslage bei länderübergreifenden Einsätzen in den jeweiligen Ländern.

Wolfgang Lohmann zeigte sich darüber erfreut, dass die Polizei Nordrhein-Westfalen ab April 2013 für ein Jahr einen Verbindungsbeamten nach Berlin entsendet, um den IBPdL bei seiner Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen.

Bevor Lohmann wieder die Rückreise nach Berlin antrat, präsentierten Beamte der Technischen Einsatzeinheit (TEE) Wuppertal einen Lautsprecherkraftwagen (Laukw) mit individuell programmierbarer LED-Laufbandanzeige, die als Ergebnis des Ideenmanagements der Polizei NRW umgesetzt und schon mehrmals erfolgreich eingesetzt wurde. Der so ausgestattete Laukw ist bisher bundesweit einmalig und hat sich speziell bei Versammlungslagen zur visuellen Unterstützung von versammlungsrechtlichen Verfügungen oder Verhaltenshinweisen bewährt. Wolfgang Lohmann zeigte sich sowohl von dieser Präsentation als auch von dem gesamten Programm sehr beeindruckt und sicherte spontan einen erneuten Besuch in Nordrhein-Westfalen zu. /// **Michael Reska, MIK NRW**

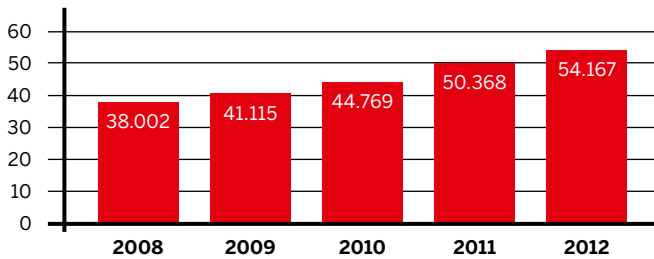
Weniger Gewalt, mehr Einbrüche in NRW

Polizeiliche Kriminalstatistik 2012

Wohnungseinbruch

Entwicklung der Fallzahlen Wohnungseinbruch in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2012

Angaben in absoluten Zahlen

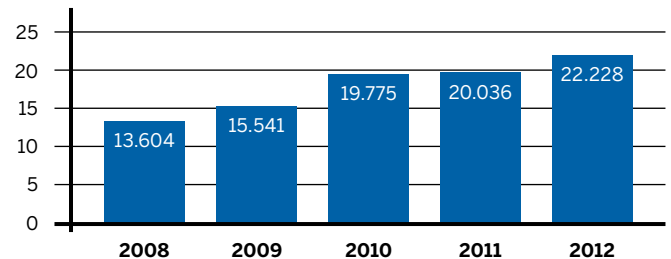


Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2012

Computerkriminalität

Entwicklung der Computerkriminalität in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2012

Angaben in absoluten Zahlen



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2012

Im März legte NRW-Innenminister Ralf Jäger die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Jahres 2012 für Nordrhein-Westfalen vor. Das Ergebnis: Es ist ein historischer Tiefstand bei der Jugendkriminalität und ein Rückgang bei Gewaltdelikten festzustellen. Es gibt auch deutlich weniger Taschendiebstähle. Gestiegen sind dagegen die Fälle von Computerkriminalität sowie die Anzahl der Wohnungseinbrüche.

Insgesamt hat die Polizei NRW wichtige Erfolge bei der Bekämpfung von Kriminalität erzielt: Im Jahr 2012 wurden weniger Gewalttaten, weniger gefährliche und schwere Körperverletzungen und ein Rückgang bei der Kinder- und Jugendkriminalität verzeichnet. Kein einheitliches Bild bietet sich dagegen bei den Eigentumsdelikten. Hier gab es mehr Wohnungseinbrüche, aber einen deutlichen Rückgang beim Taschendiebstahl. Die Polizei in NRW registrierte im Jahr 2012 insgesamt rund 1,52 Millionen Straftaten. Das sind 0,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Aufklärungsquote lag wie im Vorjahr bei 49,1 Prozent.

Mehr Wohnungseinbrüche, weniger Taschendiebstähle

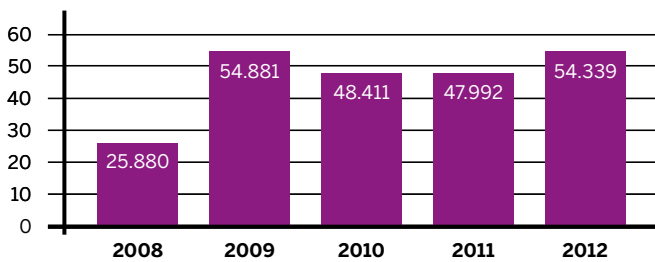
Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg im Jahr 2012 um 7,5 Prozent auf 54.167 Fälle an (+ 3.799). In 21.714 dieser Fälle scheiterten die Täter jedoch an gut gesicherten Türen und Fenstern. Damit nahm der Anteil der Einbruchsversuche in den vergangenen zehn Jahren von 35 Prozent auf über 40 Prozent zu. »Das zeigt, wie wichtig der gute Schutz der eigenen vier Wände ist«, betont Ralf Jäger. Aufgeklärt wurden

13,8 Prozent der Einbrüche (2011: 13,6 Prozent). »Es zeichnet sich ab, dass NRW eine geringere Steigerung als andere Bundesländer hat«, erklärte Jäger. »Wir haben auf die bundesweite Zunahme der Einbruchszahlen frühzeitig reagiert und mit der Initiative »Riegel vor!« eine landesweite Strategie gegen Wohnungseinbrecher entwickelt, die Wirkung zeigt. Deshalb setzen wir sie konsequent fort.« >

Tatmittel Internet

Entwicklung der Internetkriminalität in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2012

Angaben in absoluten Zahlen

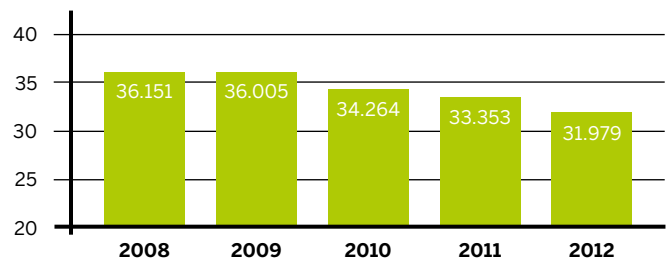


Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2012

Gefährliche und schwere Körperverletzungen

Entwicklung der gefährlichen und schweren Körperverletzungen in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2012

Angaben in absoluten Zahlen



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2012

Gegen den Trend der letzten Jahre gingen die Taschendiebstähle um 17,3 Prozent Fälle auf 43.615 zurück (- 9.092). Taschendiebstähle sind ein Schwerpunkt internationaler Diebesbanden. »Sie schlagen vorwiegend im Gedränge der Großstädte zu. Deshalb hat die Polizei dort konsequent reagiert und ihre Konzepte gegen Taschendiebstahl weiterentwickelt. Der Erfolg zeigt sich jetzt«, erklärte Jäger. Im Jahr 2011 war die Zahl gegenüber 2010 noch um 29 Prozent (+ 12.000 Fälle) angestiegen.

Auch die Zahl der Kraftfahrzeugdiebstähle ging um 5,3 Prozent auf 7.369 Fälle zurück (- 412). Das ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren. Hier greifen die technischen Sicherungen der Fahrzeughersteller wie Wegfahrsperren, Alarmanlagen und bessere Türschließsysteme, aber auch die Aufklärungsarbeit der Polizei. »Daran zeigt sich für jeden erkennbar, dass gute Sicherheitsmaßnahmen gegen Diebstahl schützen«, hob der NRW-Innenminister hervor.

Computerkriminalität auf dem Vormarsch

Die Fälle von Computerkriminalität sind gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Prozent auf insgesamt 22.228 Fälle gestiegen (+ 2.192). Insbesondere bei Straftaten der Datenveränderung und Computersabotage gab es einen deutlichen Anstieg um rund 175 Prozent auf nunmehr 4.118 Fälle. Dabei handelte es sich hauptsächlich um digitale Erpressungen mit sogenannter Ransomware. Das ist eine Schadsoftware, mit der die Täter den Zugriff auf den befallenen Computer blockieren. Dazu

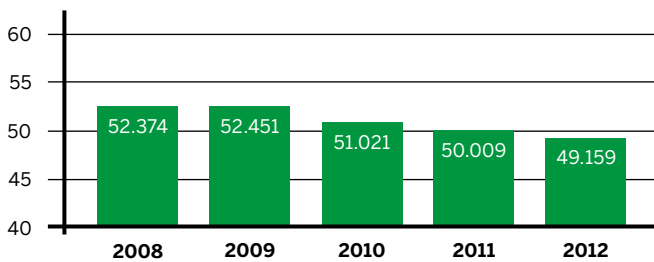
verschlüsseln sie die auf dem Computer gespeicherten Daten und fordern ein Lösegeld zu deren Freischaltung. Aber selbst wenn das geforderte Geld gezahlt wird, bleibt der Computer gesperrt.

Die Zahl der Straftaten, bei denen das Internet als Tatmittel genutzt wird, stieg um 13,2 Prozent auf insgesamt 54.339 Fälle (+ 6.347). In zwei Dritteln der Fälle handelte es sich um Betrugsdelikte wie beispielsweise Warenkreditbetrug – das heißt, bestellte Ware wird gar nicht oder anders als bestellt geliefert.

Gewaltkriminalität

Entwicklung der Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2012

Angaben in absoluten Zahlen

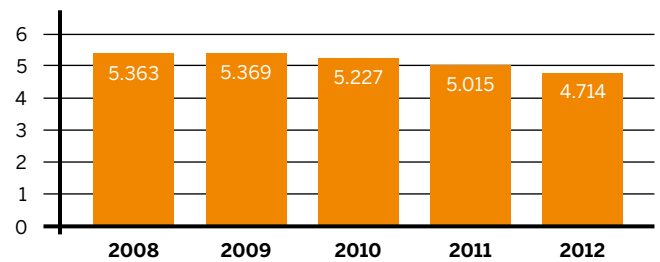


Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2012

Tatverdächtigenbelastungszahlen < 21 Jahre

Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) der unter 21-Jährigen in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2012

TVBZ pro 100.000 Einwohner der 8 bis unter 21-Jährigen in absoluten Zahlen



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2012

Hohe Aufklärungsquote bei Gewaltkriminalität

Die Zahl der Gewaltdelikte sank um 1,7 Prozent auf 49.159 Taten. Das ist der niedrigste Stand seit zehn Jahren.

70 Prozent aller Gewaltdelikte klärten die Ermittler auf. Bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen, die um 4,1 Prozent auf 31.979 Taten zurückgingen, waren es 79,4 Prozent.

Die Zahl der Raubstraftaten stieg leicht um 1,7 Prozent auf 14.567 Taten (+ 248). 47,7 Prozent davon wurden aufgeklärt. Die Täter erbeuteten Bargeld und Wertsachen in Höhe von rund 19,3 Millionen Euro (2011: 15,6 Millionen Euro). Der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen sank im Vergleich zum letzten Jahr leicht auf 49,7 Prozent.

Die Anzahl der Straftaten gegen das Leben, einschließlich der Versuche, sank im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent auf 425 Fälle (- 72). Das ist der niedrigste Stand seit 20 Jahren. 91,8 Prozent davon klärten die Ermittler auf. Die Kriminalpolizei ermittelte im Jahr 2012 in 105 Mordfällen und Mordversuchen. Das sind 22,8 Prozent weniger (- 31 Fälle) als im Jahr davor. Die Anzahl der Totschlagsdelikte einschließlich der Versuche sank um 11,9 Prozent auf 214 Fälle (-29).

Jugendkriminalität: Niedrigster Stand seit mehr als 40 Jahren

Erneut eine gute Entwicklung gibt es bei der Jugendkriminalität. Von den insgesamt 481.260 ermittelten Tatverdächtigen waren 114.999 unter 21 Jahre alt. Das sind acht Prozent weniger als im Jahr davor (- 9.954). Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen betrug damit 23,9 Prozent (2011: 25,3 Prozent). Das ist der niedrigste Stand seit mehr als 40 Jahren. »Dabei handelt es sich nicht um eine Folge der demographischen Entwicklung«, stellte der Minister fest.

Diese positive Entwicklung zeigt sich auch bei den unter 21-jährigen Mehrfachtatverdächtigen, die fünf oder mehr Straftaten in einem Jahr begehen. Die Polizei ermittelte im vergangenen Jahr 6.997 von ihnen. 2003 waren es noch 8.473. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den 8- bis unter 14-Jährigen. Hier sank die Zahl der Mehrfachtatverdächtigen im gleichen Zeitraum von 932 auf 378. »Kinder- und Jugendkriminalität bleibt trotz der guten Entwicklung im Fokus der Polizei«, betonte Jäger. »Seit vielen Jahren kümmert sie sich mit wirkungsvollen Programmen um jugendliche Intensivtäter. Das bleibt auch in Zukunft so. Mit unserem bundesweit einmaligen Präventionsprojekt »Kurve kriegen« setzen wir noch früher an. Wir verhindern damit, dass Kinder und Jugendliche dauerhaft in die Kriminalität abgleiten.« ///

Simone Wroblewski

Computerkriminalität auf dem Vormarsch

Cybercrime-Kompetenzzentrum bündelt die Kräfte



v.l.n.r.: LKD Reinhard Tencz, LKA BW; KR Helmut Picko, LKA NRW; LKD Markus Röhrli, LKA NRW, Leiter Abteilung 4, Cybercrime-Kompetenzzentrum; Dieter Schneider, Präsident LKA BW; KOR Jürgen Fauth, LKA BW; Wolfgang Gatzke, Direktor LKA NRW am Stand des Cybercrime-Kompetenzzentrums anlässlich der cebit 2013

Die Straftaten im Bereich Computerkriminalität sind im Jahr 2012 um 10,9 Prozent auf insgesamt 22.228 Fälle gestiegen. Besonders Delikte im Bereich Datenveränderung und Computersabotage haben zugenommen. Das Landeskriminalamt (LKA) vereint die Kräfte im Cybercrime Kompetenzzentrum, um der wachsenden Gefahr durch Computerkriminelle entgegenzuwirken.

Die Bekämpfung von Computerkriminalität erfordert besonders qualifizierte Ermittler. Es gibt keine klassischen Tatorte, die Taten haben oft internationale Bezüge und Täter und Opfer haben häufig nur geringe oder gar keine Vorbeziehungen. Die Straftäter passen sich der rasanten technischen Entwicklung schnell an und nutzen die neuen Informations- und Kommunikationstechniken in nahezu allen Deliktsfeldern. »Cybercrime ist die Kriminalität der Zukunft. Darauf hat die NRW-Polizei reagiert«, erklärt Innenminister Ralf Jäger. Im Cybercrime-Kompetenzzentrum des LKA werden alle landeszentralen Aufgaben der Verhütung und Verfolgung von Cybercrime organisatorisch gebündelt. Etwa 100 Polizeivollzugsbeamte,

Wissenschaftler und Techniker sind dort in Ermittlungskommissionen für herausragende Verfahren, in der Zentralen Internetrecherche, der Auswertestelle für Kinderpornografie sowie der Computerforensik, Telekommunikationsüberwachung, Auswertung, Analyse und Prävention tätig. »Die Bilanz des Kompetenzzentrums ist beeindruckend. Allein die Zentrale Internetrecherche initiierte im vergangenen Jahr 291 Ermittlungsverfahren und unterstützte die Polizeibehörden in 181 Fällen«, so Jäger.

Außerdem half das Kompetenzzentrum den Kreispolizeibehörden in über 400 Fällen bei ihren Ermittlungen, darunter in 20 Fällen bei umfangreicheren Ermittlungsverfahren wie etwa Mordkommissionen – beispielsweise durch Auswertungen von Massendaten.

Bei der für die Wirtschaft sowie für andere Behörden und Institutionen eingerichteten zentralen Ansprechstelle »Cybercrime« gingen im letzten Jahr 198 Anfragen ein. Unternehmen können dort zeitnah Unterstützung z. B. bei Hacking- oder DDOS-Attacken erhalten. Vielfach konnte mit Informationen unmittelbar geholfen werden, in anderen Fällen ergaben sich aber auch Anhaltspunkte für die

Einleitung komplexer Ermittlungsverfahren, die durch das Cybercrime-Kompetenzzentrum selbst bearbeitet oder nach Durchführung unaufschiebbarer Erstmaßnahmen an die zuständigen Behörden abgegeben wurden.

Umfangreiche Ermittlungsverfahren

Die Polizei sieht sich neben steigenden Fallzahlen auch mit immer komplexeren Ermittlungsverfahren konfrontiert. So ermittelte das LKA NRW im Jahr 2012 unter anderem in einem Verfahren, bei dem die Internetpräsenz eines deutschen börsennotierten Logistikunternehmens einen Tag lang mittels DDOS-Attacken durch ein Botnetz angegriffen wurde. Dies beeinträchtigte wichtige Arbeitsabläufe des Unternehmens. Die umfangreichen Auswertungen und Ermittlungen des Landeskriminalamtes führten letztlich zur Identifizierung eines Tatverdächtigen als Betreiber des Botnetzes.

Die Ergebnisse derartiger umfangreicher Ermittlungsverfahren verdeutlichen ein höchst konspiratives Vorgehen der Täter. Diese nutzen häufig die Möglichkeiten von Anonymisierungs-Netzwerken oder Umleitungen der Internetverbindung über ausländische Server, wodurch eine Identifizierung



von links nach rechts: Wolfgang Gatzke, Direktor LKA NRW; Prof. Dieter Kempf, Präsident BITKOM; Dieter Schneider, Präsident LKA Baden-Württemberg

über die IP-Adresse häufig unmöglich gemacht wird. Zudem fehlt es nach wie vor an rechtlichen Voraussetzungen für eine effektive Verfolgung von Cybercrime. Insbesondere die fehlende Mindestspeicherfrist für Telekommunikationsverkehrsdaten bedarf einer dringenden Neuregelung. »Die besten Ermittler sind machtlos, wenn ihnen die notwendigen rechtlichen Instrumente fehlen. Bereits drei Jahre dauert der Streit zwischen Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und Bundesinnenminister Friedrich um die Mindestspeicherdauer von Telekommunikationsdaten. Das ist unerträglich, besonders für die Opfer. Es gibt ein Sicherheitsrisiko im Kampf gegen Kinderpornografie und organisierte Kriminalität«, kritisiert der NRW-Innenminister. ///

Simone Wroblewski

KOOPERATIONSVEREINBARUNG LKA NRW UND BITKOM

Seit November 2011 besteht eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landeskriminalamt NRW und dem Bundesverband Informationswissenschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM). Gemeinsam will man zur Förderung der Sicherheit bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie sowie zur präventiven und repressiven Bekämpfung der Computerkriminalität beitragen.

Ziel ist es, den Informationsaustausch und Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Sicherheitsbehörden über technologische Entwicklungen und aktuelle Kriminalitätsphänomene zu fördern, Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen sowie frühzeitig neuen Erscheinungsformen von Cybercrime zu begegnen. Dazu werden für Mitglieder des BITKOM-Verbands und der Polizeibehörden des Landes NRW neben gemeinsamen Veranstaltungen auch gegenseitige Hospitationen angeboten und in konkreten Einzelfällen Experten vermittelt. Die Erfahrungen sind bislang durchweg positiv. Alle Beteiligten konnten von den Maßnahmen profitieren – das LKA NRW beispielsweise durch Prozessoptimierungen bei der Analyse von Massendaten. Seit März 2013 hat sich auch das LKA Baden-Württemberg der erfolgreichen Kooperation angeschlossen.

Klare Regeln für den Konfliktfall

»Kurve kriegen« in Hagen: Jungen lernen, fair zu kämpfen



Das »Kurve kriegen«-Team in Hagen, von links nach rechts: Miriam Soudani, Uwe Grohmann, Christiane Buß, Peter Passehl,

In der Turnhalle der Wilhelm-Busch-Schule in Hagen geht es an diesem Mittwochnachmittag ganz schön wild, rau und ruppig zu. Das ist Action pur. Kraftstrotzend, schweißtreibend und ziemlich laut. Vier Jungen treten im offenen Kampf gegeneinander an: »Mann gegen Mann« oder auch als Einzelner im handgreiflichen Konflikt mit dem Rest der Gruppe. Hier wird vor allem gerangelt, gerempelt, geschoben und mit aller Kraft ein Ziel verfolgt.

Es ist ein ungewohntes Bild, da ansonsten Konflikte in der Schule beschwichtigt werden und körperliche Auseinandersetzungen unter den Kindern geächtet sind. Doch in der Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung der Stadt Hagen gehört so etwas zum pädagogischen Alltag. Spätestens seit Thomas Waltenberg die kleine Gruppe übernommen hat und mit ihr eine intensive, (kriminal-)präventive Maßnahme durchführt.

Training mit Kindern und Jugendlichen

Sie heißen Dennis, Thorsten, Niklas und Tim. Sie sind zwischen acht und 12 Jahre alt und bereits mehrfach der Polizei in Hagen durch Straftaten aufgefallen. Ihre kriminelle Karriere scheint vorgezeichnet. Sie sind kurz davor, komplett auf die schiefe Bahn zu geraten und als Intensivtäter für die Polizei, für Justiz und nicht zuletzt für die Gesellschaft zu einem dauerhaften Problem zu werden. Jetzt ist die Zeit, um etwas zu tun und nachhaltig zu verändern.

In Abstimmung mit dem Jugendamt in Hagen hat man die vier in das kriminalpräventive Projekt »Kurve kriegen« aufgenommen, mit dem das Land Nordrhein-Westfalen versucht, gefährdete Kinder und Jugendliche anzusprechen und pädagogisch zu unterstützen. Die Kinder und Jugendlichen müssen sich selbst dafür entscheiden. Auch ihre Eltern müssen einwilligen, um an dem Modellprojekt teilzunehmen. Die Teilnahme ist freiwillig, allerdings ist sie mit einem gewissen Engagement verbunden. Wer mitmachen will, der sollte auch dabei bleiben, wenn es anstrengend wird.

In Hagen sind aktuell 28 Kinder und Jugendliche sowie deren Familien in die langfristig angelegten pädagogischen Maßnahmen von »Kurve kriegen« eingebunden. Nur drei der Teilnehmer sind Mädchen. »Das bestätigt die Erfahrungen, die man auch in anderen Städten gemacht hat«, erklärt Uwe Grohmann, der als Diplom-Pädagoge im Auftrag des Polizeipräsidiums (PP) Hagen die verschiedenen Maßnahmen von »Kurve kriegen« koordiniert und aktiv begleitet. Uwe Grohmann kommt von »Die Brücke Dortmund«, einer Organisation, die sich mit Gewaltprävention und durch ihre pädagogische Arbeit mit jugendlichen Straftätern einen guten Namen gemacht hat.



Soziale Kompetenzen lernen

Neben klassischer Einzelbetreuung der betroffenen Familien, sozialpädagogischen Interventionen und vielfältigen Sportaktivitäten sind es vor allem die Angebote, bei denen die Kinder und Jugendlichen soziale Kompetenzen erwerben, die in Hagen modellhaften Charakter haben. »Die Bandbreite unserer Möglichkeiten ist groß«, erklärt Grohmann. »Eins unserer speziellen Angebote wird von Thomas Waltenberg als Trainer, Moderator und Spiele-Anleiter durchgeführt.«

Waltenberg kommt aus Lüdenscheid und arbeitet als staatlich anerkannter Erzieher in der stationären Jugendhilfe. Darüber hinaus ist er wie hier in Hagen als zertifizierter »Kampfsportspiele«-Anleiter und Selbstbehauptungstrainer für Jungen tätig. Seine Spezialität sind sogenannte »Kampfsportspiele«. Das sind Methoden, mit denen man in den vergangenen Jahren im Bereich der Gewaltprävention ausgesprochen positive Erfahrungen gemacht hat.

»Mein Angebot richtet sich speziell an Jungen«, erklärt der Trainer: »Ich greife in kleinen Aufgaben und Spielszenen den Bewegungsdrang, die Spielfreude – aber eben auch den körperlichen Wettbewerb auf, dem sich Jungen gerne stellen.« Dazu gehören das Kräftemessen und die direkten körperlichen Auseinandersetzungen. Allerdings finden diese nach klaren, vorher verabredeten Regeln und mit festgelegten Ritualen statt. Dadurch gibt es keine Verlierer und keine Gewalt. »Jungen wollen ihre Kräfte messen«, weiß Waltenberg, »das gehört zu ihrer Entwicklung dazu.«

Fairness und Regeln vermitteln

Bevor der Kampf nach einer vorgegebenen Spielanleitung losgeht, versprechen sich die Teilnehmer, gegenseitig fair zu sein. Wer übers Ziel hinausschießt und dabei den anderen unfair attackiert, muss als Konsequenz eine Reihe von Liegestützen machen. Die hat er unmittelbar auszuführen. Der Spielanleiter ist dabei der Schiedsrichter und auch derjenige, der das Gerangel abbrechen kann und es zeitlich begrenzt.

»Interessant ist, dass die Jungen schon nach kurzer Zeit zu ihrem eigenen Schiedsrichter werden«, lacht Waltenberg. »Sie wissen nämlich ganz genau, wann und wodurch sie den anderen unfair angegangen haben. Dann erlegen sie sich selber noch mehr Liegestützen auf, um dadurch ihre Ehre wiederzuerlangen.« >



Fotos (2): Jochen Tack



Die anderthalb Stunden, in denen er mit seiner Gruppe trainiert, sind klar strukturiert. Sie folgen einem Spannungsbogen. Am Ende haben sich die Jungen ausgepowert und verlassen zufrieden die Halle.

Es gibt Spielanleitungen, in denen die Jungen in verschiedene Rollen schlüpfen und gegeneinander antreten. Mal wird ein »schwimmendes Floß« vor Angreifern verteidigt oder je zwei Gegner versuchen, sich Rücken an Rücken im Sitzen über eine Linie zu drücken. »Dabei lernen die Jungen neue Fähigkeiten wie Eigenständigkeit sowie Selbst- und Fremdwahrnehmung kennen. Während sie sich mit Kraft behaupten und kämpfen, machen sie überaus wertvolle Erfahrungen.« Eine der durchschlagendsten Erfahrungen ist es, dass es in der Gemeinschaft nur mit klaren Verabredungen und Regeln geht, und dass Fairness und gegenseitiger Respekt deren Verbindungsglieder sind.

»Kampfspiele« ist eine von Josef Riederle für die Jungenarbeit auf der Basis von Bewegung entwickelte erlebnispädagogische Methode, die sich für die Selbstbehauptung und Gewaltprävention als wirkungsvoll erwiesen hat. Das pädagogische Format greift das Bedürfnis von Jungen auf, sich mit Anderen zu messen. Die meisten Jungen suchen kraftvollen dynamischen Körperkontakt. Doch ihnen fehlen oft Formen, wie sie Körperkontakt ohne Gewalt und Grenzüberschreitung erreichen können. Die Methoden nutzen dieses Bedürfnis als Ressource – in einem geschützten Rahmen, wo die Jungen unter sich sein können.

Das Ziel: Nachhaltige Verhaltensänderung

»Kampfspiele« ist eines der pädagogischen Angebote, die im Rahmen von »Kurve kriegen« in Hagen umgesetzt werden. Es gibt ein ganzes Bündel von Maßnahmen, mit denen man die Kinder und deren Familien in einen Veränderungsprozess einbindet. Das ist zeitaufwendig und manchmal auch kostenintensiv, aber die Erfahrung zeigt, dass sich der Einsatz lohnt.

Bis zu zwei Jahre dauert das individuell zusammengestellte Programm für jeden einzelnen Teilnehmer. Danach muss sich zeigen, ob die pädagogischen Hilfsangebote und Verhaltenstrainings nachhaltige Verhaltensänderungen bewirkt haben. Parallel wird »Kurve kriegen« in den acht Modellregionen (Aachen, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Köln, Hagen, dem Rhein-Erft-Kreis und dem Kreis Wesel) auch wissenschaftlich begleitet. /// **Jörg Bockow**

Großteil der Polizei NRW an einem gemeinsamen Stand Der 18. Deutsche Präventionstag

Der Deutsche Präventionstag fand in diesem Jahr vom 22. bis zum 23. April in der Stadthalle Bielefeld statt. Die Polizei Nordrhein-Westfalen hat sich mit zahlreichen Präventionsprojekten mit ihren Kooperationspartnern zusammen an einem gemeinsamen Stand präsentiert. Zu sehen waren etwa die neuen Projekte »muTiger« und »Haste ´nen Plan«. Jeweils an einem eigenen Stand waren die Initiative »Kurve kriegen« und der Landespräventionsrat zu finden.

An dem Gemeinschaftsstand der Polizei NRW informierten bewährte Projekte wie »Surfen mit Sinn« oder »Riegel vor!« die Besucher. Insgesamt waren aus Nordrhein-Westfalen acht Polizeibehörden und ihre Kooperationspartner vertreten. Das Schwerpunktthema in diesem Jahr lautete: Mehr Prävention – weniger Opfer. Dazu präsentierte die Polizei NRW auch einige Kurzvorträge, sogenannte Projektsots. Etwa zum Thema städtebauliche Kriminalprävention oder auch zu betrügerischen Kaffeefahrten. Dabei wurde die neue Kooperation mit den Verbraucherzentralen im Land vorgestellt. Vor der Halle stand das Infomobil der Neusser Polizei zum Thema »Sicher Wohnen«, an dem man sich zum Einbruchschutz bei Fenstern und Türen beraten lassen und so Einiges zu dem Thema ausprobieren konnte.



Einladung zum Projektvortrag »Kurve kriegen«

Seit Herbst 2011 möchte die Initiative »Kurve kriegen« verhindern, dass gefährdete Kinder und Jugendliche zwischen acht und 15 Jahren zu Intensivtättern werden. Fällt der Polizei ein Junge oder ein Mädchen durch eine Gewalttat oder ein schweres Eigentumsdelikt auf, werden die individuellen Umstände, die ein weiteres Abgleiten in die Kriminalität begünstigen, in den Blick genommen. Die Polizei sucht die Familie auf und bietet eine Teilnahme an »Kurve kriegen« an. Ist die Familie interessiert, gehen pädagogische Fachkräfte in Absprache mit dem Jugendamt in die Familie. Sie wählen geeignete Maßnahmen aus, um etwa mit einem Elterntraining oder Sportkurs an den Ursachen für Kriminalität zu arbeiten. »In dieser Form ist die Initiative bundesweit einzigartig, weshalb es auch immer wieder Nachfragen aus anderen Bundesländern gibt«, erklärt Heike Pohlmann vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW.

Die Initiative muTiger

Die Initiative »muTiger« der gleichnamigen gemeinnützigen Stiftung (www.mutiger.de) möchte die Zivilcourage stärken. Bei der von dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Kötter Unternehmensgruppe gegründeten Initiative können alle Interessierten ab 16 Jahren in einem vierstündigen Basiskurs lernen, wie sie in brenzligen Situationen helfen können, ohne sich selbst oder andere zu gefährden. Absolventen des Basiskurses können sich dann in einer dreitägigen Schulung selbst zu Kursleitern ausbilden lassen. Die Polizei NRW war bereits in der Konzeptionsphase beteiligt. Seit Mai 2012 arbeitet die Präventionsstelle der Polizei Recklinghausen aktiv mit. Unterstützt werden die »muTiger« etwa von den Volkshochschulen und dem Arbeiter-Samariter-Bund. Aktuell haben sich bereits mehr als 600 Personen schulen lassen. Mittelfristig soll die Initiative auf ganz Nordrhein-Westfalen ausgedehnt werden. Auf dem Präventionstag werden Vertreter des Polizeipräsidiums Recklinghausen und Team-Mitarbeiter der muTiger-Stiftung eine Bilderserie aus dem Trainingsprogramm präsentieren und für Gespräche zur Verfügung stehen. >



Das Projekt »Haste ´nen Plan«

Das Projekt »Haste ´nen Plan« der Kreispolizeibehörde Kleve und des Theodor-Brauer-Hauses setzt bei der Jugendkriminalität an und richtet sich an Jugendliche in Förder- und Hauptschulen. Es möchte die Mädchen und Jungen dazu bringen, sich mit einer Straftat auseinanderzusetzen und sich zum Beispiel Gedanken darüber zu machen, was für Auswirkungen ihr Handeln auf sie selbst und das Opfer hat. Dabei arbeiten die Kreispolizeibehörde, das Theodor-Brauer-Haus, die Jugendhilfe, die Staatsanwaltschaft, das Jugend-



gericht, die Bewährungshilfe und die Justizvollzugsanstalt zusammen. Sie erarbeiten mit den Jugendlichen im Rahmen einer Projektwoche, welche Folgen eine strafbare Handlung haben kann und wie die Abläufe im Rechtssystem sind. Die 13- bis 16-Jährigen durchlaufen dabei fünf Stationen von der Vernehmung in der Kreispolizeibehörde über das Jugendgericht bis hin zum Besuch in der Justizvollzugsanstalt. Während des Projektes übernehmen die Jugendlichen unter fachlicher Begleitung der Kooperationspartner alle Rollen selbst, vom Täter bis hin zum Richter. Am Ende der Woche präsentieren sie ihre Ergebnisse vor allen Beteiligten. Bisher hat die Präventionsstelle der Kreispolizeibehörde Kleve das Projekt, das sich im Moment noch in der Erprobungsphase befindet, drei Mal erfolgreich durchgeführt. Auf dem Präventionstag werden die Mitarbeiter des Projektes für Gespräche zur Verfügung stehen. Sie werden auch eine Projektmappe und eine neue Homepage präsentieren, die die Schulen dazu befähigen soll, »Haste ´nen Plan« mit den Kooperationspartnern selbstständig zu verwirklichen.



DER STAND DES LANDESPRÄVENTIONS-RATES

An einem eigenen Stand hat sich der Landespräventionsrat präsentiert. Das unabhängige Gremium berät die Landesregierung bei übergreifenden Fragen der Kriminalprävention. Neben Fachleuten aus verschiedenen Ressorts der Landesregierung gehören ihm auch Vertreter gesellschaftlicher Organisationen an. Der Landespräventionsrat ist beim Justizministerium NRW angebunden und hat zurzeit die drei Arbeitsgruppen: »Gewaltprävention im und durch Sport«, »Stadtentwicklung und Wohnen« sowie »Prävention der Internet- und Computerkriminalität«. Die Führung der dritten Arbeitsgruppe hat der Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann übernommen. Auf dem Deutschen Präventionstag präsentierte die Arbeitsgruppe eine DVD mit elf Kurzfilmen. In den rund dreiminütigen Filmen geht

es etwa um sichere Passwörter im Internet oder um gefälschte Mails mit Rechnungen. Sie wurden von einem professionellen Filmteam erstellt. Ein Praxisbeispiel am Anfang verdeutlicht das Problem, Experten des Instituts für Internetsicherheit der Westfälischen Hochschule erklären dann, was dahinter steckt. Die Filme sollen nicht nur in der polizeilichen Präventionsarbeit, sondern beispielsweise auch an Schulen oder in der Wirtschaft eingesetzt werden. Am Infostand standen die Experten des Landeskriminalamtes NRW, die in diesem Bereich für den Landespräventionsrat arbeiten, für Gespräche zur Verfügung. In einem Projektpot und einer Veranstaltung im Filmforum wurde unter anderem auch erklärt, wie sie zu den Themen für die Filme kamen und wie sie entstanden sind.

Das Hilfetelefon »Gewalt gegen Frauen«

Insgesamt wurden beim 18. Deutschen Präventionstag rund 120 Vorträge angeboten. Dabei gab es auch Beiträge zu internationalen Fragestellungen der Kriminalprävention etwa aus Kanada, Frankreich oder auch den Niederlanden. Insgesamt haben sich über 250 Fachorganisationen präsentiert, sei es mit Ausstellungen, auf der Bühne oder im Filmforum. Manfred Gerhards vom Landeskriminalamt hat dabei noch beispielsweise auf das Theaterzelt hingewiesen, in dem die Theaterpädagogische Werkstatt nonstop Ausschnitte aus ihrem kompletten Programm zeigte und sich mit ihren Bielefelder Kooperationspartnern vorstellte. Das neue bundesweite Hilfetelefon »Gewalt gegen Frauen« hat sich am Montag in einem Vortrag vorgestellt. »Ich denke das Hilfetelefon, das ab März 2013 seine Arbeit aufgenommen hat, wird sich positiv für die polizeilichen Einsätze aus Anlass häuslicher Gewalt nutzen lassen«, erläuterte Manfred Gerhards. ///
Katherina Breuer

@ Weitere Informationen gibt es im Intrapol unter Kriminalität – Prävention und auf den Webseiten des Deutschen Präventionstages unter www.praeventionstag.de





11. Sicherheitstag Gelsenkirchen

Moderation:
Carsten Jahns

Sonntag, 16.06.2013

11.00 Uhr – 18.00 Uhr • GE-Buer
Rathausplatz 4 (Polizeipräsidium)

Verleihung des
Sicherheitspreises
"Tim & Lisa Award"

! Mit großer Verlosung!

Eintritt frei!

auf **GE** passt!

Kinder im Straßenverkehr

Jörg Bausch

Olaf Henning

Frank Neuenfels

Dani

Ruhrpott Diven

Thorsten Krause

Polizeichor Gelsenkirchen

Kindertagesstätten

auf der Bühne

Toto & Harry

...Kinderprogramm...

(Änderungen vorbehalten!)

Angebote am Sicherheitstag u.a.

- Kinderschminken
- Hüpfburg
- Gurtschlitten
- Seh-/Reaktionstest
- Gokart-Parcours für Kinder
- Gastronomie
- Segway Parcours
- ...und viele weitere Überraschungen...

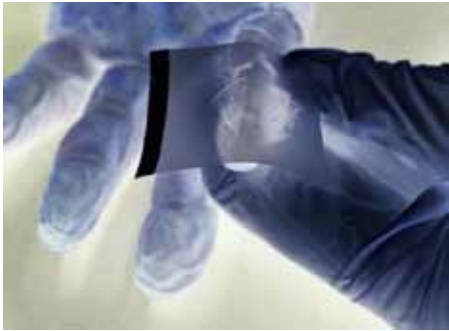
Mit freundlicher Unterstützung:



www.Sicherheitstag-Gelsenkirchen.de

Fingerabdrücke von verwesenen Leichen

Studie erfolgreich abgeschlossen



Was passiert, wenn sich eine Todesermittlerin, eine Rechtsmedizinerin und ein Bestatter zum Abendessen treffen? Sie entwickeln eine Idee für ein neues Verfahren, um Fingerabdrücke von stark verwesenen Leichen zu nehmen.

Bei der Leitstelle geht ein Anruf ein. Ein Mann berichtet über Gestank aus der Nachbarwohnung und dass er den Nachbarn auch schon lange nicht mehr gesehen hat. Die Polizeibeamten, die zum Einsatz fahren, haben schon eine Ahnung, was sie erwarten könnten. Und tatsächlich finden sie in der Wohnung eine stark verwesene männliche Leiche. Vieles deutet darauf hin, dass sie vor den sterblichen Überresten des Wohnungsbesitzers stehen, doch der Mann ist so entsetzt, dass sein Gesicht nicht mehr identifizierbar ist. Eine DNA-Analyse dauert lange und ist kostenintensiv. Ein Fingerabdruckabgleich könnte schnell Klarheit bringen. Doch auch die Finger sind schon fäulnisverändert, sodass man mit normalen Methoden keinen Abdruck mehr nehmen kann. Bisher wurde in solchen Fällen

der Finger oder die Hand abgetrennt und für einen halben Tag in eine Flüssigkeit eingelegt, die die Oberhaut ablöst. Diese hat sich der Untersuchende dann übergestülpt und so den Fingerabdruck genommen. Ein Verfahren, das sehr aufwendig und zum Teil auch mit psychischen Belastungen verbunden ist.

Modernes Einbalsamieren

Genau hier setzt die neue Methode an. Die langjährige Todesermittlerin Maren Drewitz, Dr. Britta Gahr von der Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Düsseldorf (UKD) und der Bestatter und ausgebildete Thanatopraktiker Robert Vöth überlegten, ob es mit Hilfe der Thanatopraxie nicht möglich sein könnte, derartige Hände wieder so weit herzustellen, dass man ohne die oben beschriebene Prozedur Fingerabdrücke nehmen kann. Die Thanatopraxie beschäftigt sich mit dem modernen Einbalsamieren, also der Leichenkonservierung mit Hilfe von verwesungshemmenden Wirkstoffen. Die Direktorin des Rechtsmedizinischen Instituts des UKD, Prof. Dr. Stefanie Ritz-Timme, war von der Idee begeistert. Und so startete 2011 unter ihrer Schirmherrschaft das Projekt »Thanatoprint«.

Erste Ergebnisse schon nach einer halben Stunde

Maren Drewitz erinnert sich: »Mit Hilfe von Robert Vöth hatten wir von Anfang an eine ziemlich gute Idee, welche Lösungen funktionieren könnten.« In der Pilotphase probierten sie verschiedene Vorgehensweisen aus, hatten aber bald ihren Arbeitsablauf gefunden. Und der sieht so aus: Eine Arterie am Arm wird freigelegt und darüber ein Katheter eingeführt. Zunächst wird darüber eine Reinigungsmischung und dann eine Mischung verschiedener Speziallösungen in Richtung Hand gespritzt (Details: siehe Infokasten). Dadurch

nehmen das Volumen und die Spannung der Finger wieder zu. Gleichzeitig wird dem Gewebe Flüssigkeit entzogen, wodurch die Oberhaut abtrocknet. Schon nach 30 Minuten können die ersten Fingerabdrücke genommen werden. Bei der Studie wurden dazu Rußpulver und eine selbstklebende Folie eingesetzt. »Doch jedes andere Mittel zur Fingerabdrucknahme funktioniert auch«, sagt Maren Drewitz. Der Zustand hält mindestens drei Stunden an.

Maren Drewitz arbeitet seit vier Jahren beim Landeskriminalamt im Sachgebiet »Operative Fallanalyse«. Im Bereich Todesermittlungen ist sie schon seit elf Jahren beschäftigt. Sie hatte die Genehmigung, dieses Projekt während ihrer Arbeitszeit durchzuführen. »Das hat aber leider nicht geklappt. Denn die normale Arbeit musste ja auch weiter bewältigt werden«, sagt sie. Das führte dazu, dass die 37-Jährige häufig erst um 17 Uhr mit den Versuchen in der Rechtsmedizin anfangen konnte und somit oft nicht vor Mitternacht nach Hause kam. »In der Pilotphase wollten wir auch die Wirkung nach fünf Stunden beschreiben, aber das war einfach nicht machbar«, erinnert sie sich. »Da war man dann erst um zwei Uhr nachts aus der Rechtsmedizin raus und morgens ging es ja dann um sieben wieder ins LKA.« Nicht alle Untersuchungen fanden in der Rechtsmedizin statt. Mit den geeigneten Leichnamen aus Mönchengladbach haben sie etwa in einem Raum in der Kapelle des Hauptfriedhofs gearbeitet. Wenn man die junge blonde Frau mit dem freundlichen Lächeln sieht, hat man Probleme, sie sich um Mitternacht in der

Handlungsempfehlung für Rechtsmedizinische Institute und Kriminaltechnische Untersuchungsstellen:

- 1. Präparation**
 - 1. Präparation der A. radialis (äußere Handgelenksgabel unter maximaler Schonung der unterliegenden Strukturen und minimaler Eröffnung der Oberhaut)
 - 2. Anlege eines Sicherheitsverankerhalters (Viggo) mit horizontaler Ausrichtung, möglichst nah des Radialtubulum festzunähen (ausgeglichene Brückenstruktur im Bestgerät)
 - 3. Größe des Katheters je nach Durchmesser des Regelgeräts (Regelgröße zwischen 200 x 90 (1,1 x 33mm) und 160 x 2 (1,1 x 32mm))



- 2. Präinjektion**
 - 1. Nach exakter Zubereitung der Präinjektion mit 10% Metalfarb, 10% Röntgenfarbstoff und 80% leukemem Leitungswasser manuelle Injektion von 120 ml dieser Lösung in die A. radialis

Die Präinjektion dient der Spülung der Blutgefäße der Hand bei Weibemerkung der Gefäßwandflexibilität sowie der besseren Verteilung der Injektionsergänzen der folgenden Hauptinjektion im Gewebe. Sie erfolgt erst durch eine 15-minütige Erweichungsphase unter Wirkung:

- 3. Hauptinjektion**
 - 1. Im Anschluss manuelle Injektion der Hauptinjektion aus 10% Metalfarb, 10% Röntgenfarbstoff, 10% Metalfarb und 80% leukemem Leitungswasser (bis sich die Fingerbeeren prall und fest, jedoch nicht hart anfühlen lassen)
 - 2. Eventuelle Fingerabdrucknahme nach einer Erweichungsphase von 30 Minuten bis zum nächsten Schritt

Die Injektionsergänzen der Hauptinjektion und im Nachhinein sind so gewählt, dass die Fingerbeeren schnell ein pralles Verhalten annehmen und beim Gewebe geschwängert festliegen. Erzeugen wird mit ein gutes Haften der Abdruckschicht bei der Fingerabdrucknahme zu ermöglichen.



- 4. Sterilisieren**
 - 1. Skalpell
 - 2. Chirurgische Pinzette
 - 3. Sicherheitsverankerhalters (Viggo)
 - 4. Reflexion Spritze, 30 ml (LuerLock)
 - 5. Injektionsergänzen Metalfarb, Röntgenfarbstoff und Metalfarb
 - 6. Ethanol (zum Aufnehmen von Gewebe-Injektionsergänzen)

Die bei der Injektion eingesetzten Mittel der 10ml (LuerLock) Spritze sind sterilisiert, haben ein Sekundärstopfen, der nach dem Einfüllen unter anderem Paraffin, Paraffin, Fülllösung eines Injektionsergänzen und des Injektionsergänzen ist.

Es werden bei der Injektion die Gewebeergänzen (Viggo) und das Sekundärstopfen der Spritze verwendet.

Handlungsempfehlung für Rechtsmedizinische Institute und Kriminaltechnische Untersuchungsstellen

Kapelle auf dem Hauptfriedhof von Mönchengladbach mit einer verwesenen Leiche vorzustellen. Maren Drewitz lacht: »Nachts ist es einfach nur ruhiger, da kann man dann gut arbeiten.« Zwei Jahre dauerte die Studie und in dieser Zeit verbrachten Maren Drewitz und Dr. Britta Gahr immer wieder Nächte bei ihren Studienobjekten.

Nahezu 77 Prozent der Fingerabdrücke sind AFIS-tauglich

Rund 400 Fingerabdrücke haben die beiden Frauen mit Robert Vöth dabei von Leichen in verschiedenen Fäulnisstadien genommen. »Da wir daktyloskopische Laien sind, haben die Sachverständigen des LKA die Fingerabdrücke, die wir genommen haben, begutachtet«, erzählt sie. Ende letzten Jahres war die Studie abgeschlossen. Der Einsatz hat sich gelohnt. Nahezu 77 Prozent der

genommenen Fingerabdrücke waren gut genug für das automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS). Bei immerhin elf weiteren Prozent der Abdrücke wäre ein direkter manueller Vergleich möglich gewesen. Nur in etwa 12 Prozent der Fälle half das neue Verfahren nicht weiter. Bei einigen Leichen konnten sie nur mit einigen Fingern oder einer Hand arbeiten, da die andere mumifiziert war. Eine fehlende Oberhaut oder Mumifizierung sind denn auch zukünftige Ausschlusskriterien für diese Methode. Wasserleichen stellen auch bei dem neuen Verfahren eine besondere Herausforderung dar und benötigen noch eine weitere Behandlung.

Schon während der Studie kamen viele Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet, sei es aus Schleswig-Holstein, Sachsen oder Berlin. Thanatoprint bietet im Vergleich zu den vorherigen Arbeitsweisen tatsächlich viele Vorteile: Die Leichenintegrität wird erhalten, die Methode ist schnell und einfach durchzuführen und mit rund sieben Euro Materialkosten auch sehr günstig.

➔ **Weitere Infos zum Thema Thanatoprint findet man im Intraprot unter Kriminalität – Delikte – Tötungsdelikte – Spezielles Wissen.**

Den Namen Thanatoprint haben sich die Rechtsmedizinerinnen mittlerweile schützen lassen. Sowohl in der Zeitschrift »Kriminalistik« als auch in »Informationen zur Tatortarbeit« sind schon im vergangenen Jahr Artikel erschienen. Ein Beitrag erscheint bald auch in der internationalen Zeitschrift für Rechtsmedizin »International Journal of Legal Medicine«. »Wir haben das Verfahren auf kriminaltechnischen Lehrgängen, LKA-Workshops anderer Bundesländer, rechtsmedizinischen Veranstaltungen und Ende letzten Jahres dann schließlich bei einer Arbeitstagung im LKA vorgestellt«, sagt Maren Drewitz. Und sie haben einen Flyer herausgebracht, der das Vorgehen beschreibt. »Die Methode ist so einfach, dass man es mit Hilfe des Flyers gut nachmachen kann«, erklärt sie. // **Katerina Breuer**



Fotos (2): Jochen Tack

Kopf und Herz werden erreicht

Bereits mehr als 100.000 Jugendliche nahmen am »Crash Kurs NRW« teil

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft besuchte eine »Crash Kurs NRW«-Veranstaltung im Max-Planck-Gymnasium in Gelsenkirchen. Auch sie habe bei den Schilderungen »schlucken müssen«, meinte Kraft danach. Das Projekt erreiche »Kopf und Herz«.

Mehr als 100.000 Jugendliche haben seit dem Start vor zwei Jahren an »Crash Kurs NRW – Realität erfahren. Echt hart.« teilgenommen, dem Präventionsprogramm gegen Verkehrsunfälle der NRW-Polizei. »Wir wollen mit der Kampagne dafür sorgen, dass weniger junge Menschen bei Verkehrsunfällen zu Schaden kommen. Dafür nutzt der »Crash Kurs« das älteste Kommunikationsmittel der Welt, nämlich das Erzählen von selbst Erlebtem. So erreicht »Crash Kurs« Kopf und Herz«, sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bei der »Crash Kurs«-Veranstaltung mit 250 Schülerinnen und Schülern in Gelsenkirchen. Damit sei die

Kampagne erfolgreich und bundesweit einmalig. Das Polizeipräsidium in Gelsenkirchen war eine der ersten Polizeibehörden in NRW, die vor vier Jahren ein Team zusammengestellt hat, um sich dieser Aufgabe zu stellen. Mittlerweile gibt es in jeder Polizeibehörde Teams, die in die Schulen gehen und den jungen Leuten überzeugend klar machen, wie lebensgefährlich riskantes Verhalten im Straßenverkehr ist – und das ohne erhobenen Zeigefinger.

Manchmal kann niemand mehr helfen

Bei »Crash Kurs NRW« schildern Polizisten, Rettungssanitäter, Notärzte, Notfallseelsorger und Angehörige von Unfallopfern als direkt Betroffene die Ursachen von Verkehrsunfällen sowie die oftmals schrecklichen Folgen. »Sie berichten aus eigenem Erleben, wie es ihnen bei einem schweren Verkehrsunfall ergangen ist. Sie zeigen dabei schonungslos ihre Grenzen auf und machen

»Sie berichten aus eigenem Erleben,
wie es ihnen bei einem schweren Verkehrsunfall ergangen ist.
Sie zeigen dabei schonungslos ihre Grenzen auf
und machen deutlich, dass es eben auch Situationen gibt,
in denen Unfallopfern niemand mehr helfen kann.«

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft



Ministerpräsidentin Kraft und Innenminister Ralf Jäger diskutieren mit Veranstaltungsteilnehmern im Max-Planck-Gymnasium in Gelsenkirchen

deutlich, dass es eben auch Situationen gibt, in denen Unfallopfern niemand mehr helfen kann«, erläuterte die Ministerpräsidentin. Durch die Schilderungen von schweren Verletzungen und der Reaktionen von Eltern bei der Übermittlung von Todesnachrichten ihrer Kinder können die Schüler erfahren, welches Leid ein schwerer Verkehrsunfall mit sich bringt. Im Juni 2012 hat die 13-köpfige Gelsenkirchener »Crash Kurs«-Gruppe die mit 4.000 Euro dotierte Auszeichnung »Roter Ritter 2012«, den Präventionspreis der Aktion Kinder-Unfallhilfe e. V., erhalten.

Anschauungsmaterial für den Unterricht

»Crash Kurs NRW« ist ein komplettes Programm, das auch die Vor- und Nachbereitung in den Schulen mit entsprechenden Unterrichtsmaterialien und einem Kurs-Handbuch bereitstellt. So können Lehrer für den Physik-Unterricht eine Software nutzen, die

Verkehrsunfälle und deren Entstehung simuliert. Es gibt Anregungen, wie das Thema »Anhalteweg und Aufprallgeschwindigkeit« in den Unterricht eingebettet werden kann. Die Universität zu Köln, welche die Kampagne wissenschaftlich begleitet, bietet außerdem Lehrerfortbildungen zum Thema »Crash Kurs NRW« an. Es ist das Ziel des Projekts, alle jungen Leute in NRW im Alter zwischen 16 und 19 Jahren mit »Crash Kurs«-Veranstaltungen zu erreichen. »Ich finde es beeindruckend, wie viele Schulen das Angebot der Polizei annehmen und ihren Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an dem didaktisch gut vorbereiteten Präventionsprogramm ermöglichen«, lobte Ministerpräsidentin Kraft. /// **Redaktion Streife**

Aktiv im Dienst nach Krebs, Schlaganfall oder Dienstunfall Behinderte Mitarbeiter bei der Polizei NRW

Eine routinemäßige Verkehrskontrolle. Das Auto hält, der Fahrer kurbelt das Fenster herunter. Soweit Alltag. Doch dann läuft nichts mehr wie gewohnt ab. Der Mann rammt dem Polizeibeamten ein Messer in den Hals. Er verfehlt die Halsschlagader nur um Haaresbreite. »Dass er so durchtrainiert war, hat ihm wahrscheinlich das Leben gerettet. Durch die Muskeln hat das Messer die Halsschlagader nicht getroffen«, sagt Erika Ullmann-Biller, die Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei beim Ministerium für Inneres und Kommunales. »Das ist eine Situation, die jeden treffen kann«, warnt sie.

Der Beamte kam sofort in eine Klinik, doch der Angriff hinterließ deutliche Spuren. Nicht nur äußere, sondern auch innere. Zum Psychotherapeuten ging er nicht. »Er hat sich noch zwölf Jahre lang im wahrsten Sinne des Wortes durchgebissen«, berichtet Erika Ullmann-Biller, »bis er sich schließlich alle Zähne ausgebissen hat. Am Ende war er psychisch einfach nicht mehr in der Lage, seinen Dienst zu versehen. Zusammen mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales konnten wir dafür sorgen, dass er sich mit vernünftigen Versorgungsbezügen zur Ruhe setzen konnte.«

Nicht immer ist ein Dienstunfall der Grund

Von den rund 2.900 Mitarbeitern der Polizeibehörden im Land, die eine Behinderung haben, waren die meisten an ihrem ersten Arbeitstag ohne Beeinträchtigung. Ihre Behinderung haben sie sich während ihrer Dienstzeit zugezogen. Dabei führt nicht immer ein Dienstunfall zu einer Behinderung. Häufig sind es Erkrankungen wie Krebs oder ein Schlaganfall, die dafür sorgen, dass nichts mehr so ist wie zuvor. Durch die Polizeibehörden im Land fahren Mitarbeiter im Rollstuhl oder sie lassen sich von ihrem Blindenhund führen. Nicht jede Behinderung ist auf Anhieb erkennbar. Psychische Erkrankungen fallen von außen nicht auf und eine Hörbehinderung merkt im Vorbeigehen auch keiner. »Am häufigsten sind Muskel- und Skeletterkrankungen wie etwa Bandscheibenvorfälle«, berichtet die 50-Jährige. »Weit verbreitet sind aber auch Herz-Kreislauferkrankungen und psychische Einschränkungen. Vor allem letztere haben in den vergangenen Jahren zugenommen.« Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit einer Behinderung mit dem Alter. Drei Viertel der Menschen mit Behinderung in Deutschland sind älter als 55 Jahre.

Untauglich oder anderswo verwendungsfähig?

Während Menschen mit Behinderung bei einem Vorstellungsgespräch für eine Angestelltenstelle noch relativ gute Chancen haben, werden für den Polizeidienst nur gesunde Männer und Frauen eingestellt. Ihre Behinderung erleiden sie während ihrer Dienstzeit. »Wir haben in etwa gleich viele Regierungsbeschäftigte und Beamte mit Behinderung«, sagt die Hauptschwerbehindertenvertreterin. »Gerade bei den Polizeibeamten kann man aber davon ausgehen, dass sich nicht jeder gleich bei uns



Erika Ullmann-Biller

meldet. Manche haben Angst, aufgrund der Behinderung für polizeidienstuntauglich erklärt zu werden.« In einem solchen Fall können die Mitarbeiter jedoch zu Verwaltungsbeamten umgeschult werden. Bei einer schweren Behinderung können sie auch in den Ruhestand versetzt werden. »Gerade bei älteren Kollegen wird aber auch oft geschaut, ob es nicht eine andere Verwendung im Polizeidienst gibt, die sie trotz ihrer Einschränkung ausüben können«, weiß Erika Ullmann-Biller. »Ich bin zum Beispiel auch zu 70 Prozent schwerbehindert – das hindert mich aber nicht daran, zu 100 Prozent zu arbeiten«, sagt sie. Ihre angeborene Skeletterkrankung beeinträchtigt sie bei ihrer Arbeit als

Hauptschwerbehindertenvertreterin nicht. »Ich muss dabei ja nicht auf Dächer klettern – da müsste ich nämlich passen«, sagt sie und lacht.

Alltägliche Probleme von Menschen mit Behinderung

Außer bei den Spezialeinheiten SEK und MEK arbeiten bei der nordrhein-westfälischen Polizei überall Menschen mit Behinderungen. »Wenn jemand eine Behinderung erleidet, sollte man sich immer zuerst fragen: Was braucht die Person, um ihre Aufgabe weiterhin ausüben zu können«, rät Erika Ullmann-Biller. Mit entsprechenden Hilfsmitteln können viele normal weiterarbeiten. Eine Vergrößerungssoftware hilft etwa Menschen mit einer geringen Sehkraft, noch am Computer zu arbeiten. Menschen im Rollstuhl benötigen manchmal nur eine Rampe, um wieder ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Barrieren in den Gebäuden sind ein häufiges Problem. So lässt sich etwa eine schwere Tür im Rollstuhl nicht öffnen. Sehbehinderte Menschen scheitern hingegen bei einem Aufzug, der ihnen nicht sagt, in welcher Etage

»Ich sage auch zu einem Blinden: Schön, dich zu sehen. Oder zu einem Rollstuhlfahrer: Komm, lass uns gehen.«

er gerade hält. Wie man es bei einem Neubau richtig macht, verrät der Leitfaden »Bauen ohne Barrieren« des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW.

Doch Menschen mit Behinderung kämpfen nicht nur mit baulichen Barrieren. »Gesunde Mitarbeiter haben häufig Berührungängste«, weiß Erika Ullmann-Biller. Sie empfiehlt, Unsicherheiten anzusprechen. Ein paar Tipps aus der Praxis hat sie auch zur Hand: Bei hörgeschädigten Kollegen sollte man langsam und nicht

zu kompliziert sprechen. Sehbehinderte Mitarbeiter sollte man von vorne ansprechen, denn es kann gut sein, dass sie einen nicht wahrnehmen, wenn man von der Seite kommt. Sie warnt vor übertriebenem Helfen. »Ein Rollstuhlfahrer wird es sicher als Affront ansehen, wenn man einfach seinen Rollstuhl schiebt«, sagt sie. »Man kann ja fragen, ob er Hilfe braucht.« Sie rät, sich einfach normal zu verhalten. »Ich sage auch zu einem Blinden: Schön, dich zu sehen. Oder zu einem Rollstuhlfahrer: Komm, lass uns gehen.« Sie selbst ist in ihrem Arbeitsleben aufgrund ihrer Behinderung auch mit Vorurteilen konfrontiert worden. So wurde ihr etwa im Vorfeld unterstellt, aufgrund ihrer Einschränkung dauernd krank zu sein. »Doch die Statistik zeigt, dass die hohen Krankentage in der Regel nicht von den behinderten Mitarbeitern kommen. Die meisten sind hoch motiviert«, sagt sie. Auch die zusätzlichen Urlaubstage, die schwerbehinderte Menschen bekommen, wurden ihr von so manchem geneidet. »Dabei sind sie kein Vorteil sondern ein Nachteilsausgleich«, mahnt sie. // **Katerina Breuer**

MEHR INFORMATIONEN

DIE HAUPTSCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG DER POLIZEI BEIM MINISTERIUM FÜR INNERES UND KOMMUNALES

Erika Ullmann-Biller arbeitet eng mit den sechs Schwerbehindertenvertretern in anderen Behörden des Landes zusammen. Sie berät und schult die örtlichen Schwerbehindertenvertretungen und schaut bei landesweiten Erläuterungen, ob die Belange der schwerbehinderten Menschen berücksichtigt wurden. In verschiedenen Arbeitsgemeinschaften stimmt sie sich mit anderen Vertretern im Land, aber auch im Bund ab. Und schließlich hat sie auch ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte Einzelner, die lieber mit ihr sprechen möchten als mit ihrer Schwerbehindertenvertretung vor Ort.

WAS IST EINE BEHINDERUNG?

Das Sozialgesetzbuch definiert eine Behinderung so: »Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.«

SCHON GEWUSST?

Auf den neuen Polizeiausweisen sind Schriftzüge in Brailleschrift angebracht. Dadurch können auch blinde Menschen sie lesen.

@ Weitere Informationen: Auf den Seiten der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen (AGSV) der Polizei NRW befindet sich unter dem Navigationspunkt »Aktuelles« ein Link auf eine Broschüre zum Thema Polizei und Behinderung. Unter »Was ich als Polizistin oder Polizist über behinderte Menschen wissen sollte« findet man viele weitere Informationen: www.agsv-polizei-nrw.de



Blindenführhund und Brille Britta Bochnig arbeitet als Sehbehinderte beim LKA

Mit Hilfe ihrer Blindenführhündin Petty und einer Spezialsoftware bearbeitet Britta Bochnig trotz einer starken Sehbehinderung Verdachtsmeldungen, die mit dem Thema Geldwäsche zu tun haben.

Wenn Britta Bochnig mit einem freundlichen Lächeln und ausgestreckter Hand auf einen zukommt, würde wohl niemand auf Anhieb erraten, dass die lebhaften braun-grünen Augen hinter der roten Brille nur noch rund zehn Prozent Sehkraft haben. Ohne ihre Blindenführhündin Petty könnte sie sich im Alltag nur schwer zurechtfinden. Mit ihr und weiteren Hilfsmitteln arbeitet die 36-Jährige seit 2007 im Bereich Finanzermittlungen beim Landeskriminalamt NRW (LKA). Der Weg dorthin war lang.

»Mir war schon mit sechs Jahren klar, dass es Dinge gibt, die ich nie werde machen können, wie zum Beispiel Tierärztin werden«, sagt Britta Bochnig mit einem traurigen Lächeln. Das erste Mal gingen ihre Eltern mit ihr zu einem Augenarzt, als sie gerade mal acht Monate alt war. Mit zwei Jahren stand dann die Diagnose fest: Retinitis pigmentosa. Bei dieser erblichen Augenerkrankung wird nach und nach die Netzhaut zerstört. Rund 30.000 bis 40.000 Menschen sind laut

Informationen der Selbsthilfevereinigung »Pro Retina« in Deutschland davon betroffen. Meist macht sie sich zunächst durch Nachtblindheit bemerkbar, dann verengt sich das Gesichtsfeld immer mehr, bis die Betroffenen nur noch die Dinge in der Mitte ihres Sichtfeldes sehen können, als würden sie permanent durch ein Rohr schauen. Diesen kleinen Ausschnitt sehen sie aber unter Umständen sehr gut. Das kann in der Gesellschaft zu Missverständnissen führen, wenn die Betroffenen mit Hilfe eines Blindenstocks zu der nächsten Bank laufen, um dann dort die Tageszeitung zu lesen.

Regenschirm statt Blindenstock

Britta Bochnig versucht, ihre momentane Sehstärke verständlich zu machen: »Ich sehe so, als würde ein Gesunder durch ein Fernglas schauen, das voll mit Flecken ist. Daneben habe ich noch eine Hornhautverkrümmung, bin kurzsichtig und lichtempfindlich. Mit der Brille kann ich zumindest die Kurzsichtigkeit ausgleichen.« Dass Menschen unsicher auf sie reagieren, Berührungsängste haben, erlebt sie immer wieder. Was sie überhaupt nicht hören möchte, sind Sätze wie: Was kann ich dir denn überhaupt zutrauen? »Ich wünsche mir, dass ich wie alle anderen auch zunächst eine Chance bekomme. Ob ich

die Aufgabe dann schaffen kann oder nicht, kann ich am besten abschätzen«, sagt sie. Bei Retinitis pigmentosa verschlechtern sich die Augen nicht konstant, sondern schubweise. In ihrer Jugend ist Britta Bochnig Fahrrad gefahren oder auch alleine im Wald spazieren gegangen. Doch mit jedem Schub ging mehr Sehkraft verloren. Sie hat lange Zeit mit ihrer Krankheit gehadert. »Ich habe versucht, sie zu überspielen«, erinnert sie sich. »So habe ich etwa anstatt eines Blindenstocks einen Regenschirm mitgenommen und wenn mir die Orientierung schwer gefallen ist, habe ich so getan, als müsste ich mir die Schuhe zubinden.« Mittlerweile ist sie mit ihrer Krankheit im Reinen, sagt sie. Dort, wo sie sich auskennt, fällt ihre Behinderung kaum auf. Wer sich mit ihr unterhält, kann sie glatt vergessen. »Das passiert auch schon mal«, erzählt sie. Sie erinnert sich an eine Autofahrt mit ihrem heutigen Schwager in den frühen Abendstunden. Auf die Frage, wie es seinem verletzten Daumen gehe, hatte er ihn hochgehoben und bewegt, um zu zeigen, dass alles wieder in Ordnung sei. Erst als Britta Bochnig nicht reagierte, fiel ihm ein, dass sie ihn gar nicht sehen kann. Sie lacht bei der Erinnerung daran. »Die meisten, die mich nicht gut kennen, merken es erst, >



Britta Bochnig mit Ihrem
Blindenführhündin Petty

PERSONALIEN

wenn ich sie nicht grüße. Das ist dann nicht böse gemeint. Ich sehe sie einfach nicht«, erklärt sie.

Mobil mit Blindenführhündin

In fremder Umgebung fiel ihr die Orientierung mit der Zeit immer schwerer. Mit dem Blindenstock kam sie nicht gut zurecht. »Er ersetzt das Sehen im oberen Bereich nicht. Das gab so einige blaue Flecke. Irgendwann bin ich dann kaum noch raus gegangen«, erinnert sie sich. Das hat sich geändert, seitdem ihre Blindenführhündin Petty sie begleitet. »Sie ist mein ganz besonderes Hilfsmittel«, sagt sie lächelnd. Während ihrer Arbeit im Büro, liegt die dreijährige Labrador-Retriever-Dame geduldig in ihrem Körbchen. Wenn sie ihr weißes Führgeschirr anbekommt, weiß sie, dass für sie der Dienst beginnt. Dann sorgt sie dafür, dass die LKA-Mitarbeiterin sicher nach Hause kommt, indem sie Fußgängerüberwege sucht, Hindernisse anzeigt und in der Bahn einen leeren Platz ansteuert. Über der Aufschrift »Blindenführhund« hat Britta Bochnig ein Schild angebracht: Nicht streicheln – ich arbeite. »Wenn Passanten sie streicheln, fällt es Petty schwer, wieder auf Arbeit umzuschalten«, berichtet sie. »Am liebsten ist es mir, wenn die Leute einfach vorbeigehen und mir dann sagen: Das ist aber ein schöner Hund.« Für ihre Geduld am Tag wird die schokobraune Hündin von Frauchen am Abend belohnt. Dann darf sie auch ohne Leine durch die Wiesen laufen. In ihrer einjährigen Ausbildung hat sie gelernt, dass sie sich dabei nicht zu weit entfernen darf. »Dass die Arbeit für sie anstrengend ist, merke ich, wenn ich mal länger mit ihr unterwegs bin. Nach etwa drei Stunden lässt ihre Konzentration nach.« Ab und zu bekommt Petty auch einen Tag Urlaub. »Dann darf sie bei meiner Schwester einfach nur Hund sein und mit meinen Nichten und Neffen toben.«

Vor ihrer Zeit bei der Polizei hat Britta Bochnig als Erzieherin gearbeitet. »Ich wollte eigentlich nie einen Bürojob«, erinnert sie sich. Doch dann sah sie immer schlechter, hatte Angst ihre Aufsichtspflicht nicht mehr erfüllen zu können und zog einen Schlussstrich. Sie ließ sich beim Berufsförderungswerk Düren zur Verwaltungsfachangestellten für den kommunalen Bereich umschulen. Dann bewarb sie sich auf eine Qualifizierungsmaßnahme des Ministeriums für Inneres und Kommunales. »Rund 80 Bewerber gab es für die zehn Stellen, die damals zur Verfügung standen«, berichtet sie. »Als ich dann ins Assessment-Center musste, war das ganz schön aufregend.« Umso mehr hat sie sich gefreut, als sie erfahren hat, dass es geklappt hat. Nach dem erfolgreichen Abschluss ist sie zum Landeskriminalamt NRW nach Düsseldorf gekommen.



Der Arbeitsalltag

Dort bearbeitet sie im Dezernat 13 Finanzermittlungen Geldwäscheverdachtsmeldungen. Wenn eine Bank befürchtet, dass auf einem ihrer Konten Geld gewaschen werden könnte, landet die entsprechende Meldung zunächst auf ihrem Schreibtisch. Sie überprüft dann Personalien, fragt verschiedene Datenbanken ab und reichert die Meldung mit Informationen an, bevor sie sie im Sachgebiet weiterleitet. Die meiste Zeit arbeitet sie an ihren zwei Bildschirmen. »Auf meinem Computer ist eine spezielle Software, mit der ich alles so stark vergrößern kann, bis ich es lesen kann«, erklärt sie. Sollte das irgendwann



nicht mehr reichen, kann das Programm die Texte auch vorlesen. »Wenn Akten kommen, habe ich eine Lesekamera, mit der ich den Text filme und dann wieder stark vergrößert auf dem Bildschirm lesen kann.« Für kleinere Dinge hat sie eine Handlupe. »Damit kann ich dann zum Beispiel auf dem Telefon schauen, wer angerufen hat«, erklärt sie. Ihre spezielle Lampe mit kaltem und warmem Licht stellt sie meistens schon um halb sieben morgens an. »Ich habe festgestellt, dass ich morgens einfach besser sehe, daher fange ich so früh wie möglich an«, erläutert sie. Doch das ist nicht ihre alleinige Aufgabe. Sie vertritt auch die Vertrauensperson der Schwerbehinderten im LKA NRW. »Das macht die Arbeit abwechslungsreicher. Ich nehme dann auch schon mal an Bewerbungsgesprächen teil oder helfe bei Beschaffungen.« // *Katerina Breuer*

SCHON GEWUSST?

Bei der Fußball-Europameisterschaft schrieb die gehörlose Bloggerin Julia Probst auf Twitter, was der Bundestrainer am Spielrand rief. Die von Geburt an gehörlose 30-Jährige konnte Joachim Löw die Worte von den Lippen ablesen.

Im Einsatz bei der Auswertung und Analyse Blinde Bedienstete beim Landeskriminalamt

Das Projekt »Blinde Bedienstete bei der Polizei NRW« ist ein absolutes Highlight der vergangenen sechs Jahre, meint Erika Ullmann-Biller, die Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei beim Ministerium für Inneres und Kommunales. Ein erstes Ergebnis des Projekts: Für zunächst zwei Jahre arbeiten zwei hochgradig sehbehinderte Mitarbeiter in der Abteilung 3 des Landeskriminalamtes NRW.

Angefangen hatte alles mit einem Vorschlag beim »Ideenmanagement NRW«. Dort hatte ein Mitarbeiter angeregt, u. a. Blinde aufgrund ihrer ausgeprägten Hörfähigkeiten bei der Polizei zu beschäftigen. Zu diesem Zeitpunkt waren blinde Mitarbeiter in den Niederlanden und Belgien bereits im Bereich der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) eingesetzt. Das Projekt war geboren. Die Leitung übernahm der heutige Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann. Die Projektmitarbeiter sahen sich zunächst die Arbeit der blinden Mitarbeiter bei der Polizei in den Nachbarländern an. Sie wurde von allen Seiten durchweg positiv beurteilt. Ausschlaggebend hierfür war jedoch nicht deren vermeintlich besseres Gehör, auch wenn dies ggf. im Einzelfall die Tätigkeit unterstützen kann. »Eine blinde Mitarbeiterin hatte dort zum Beispiel auf einer Aufnahme einen Täter gehört, der den anderen entgangen war«, erinnert sich Erika Ullmann-Biller. Von dieser positiven Erfahrung angespornt, überprüften die Projektmitarbeiter Beschäftigungsmöglichkeiten auch für die Polizei NRW im Bereich der TKÜ. Dabei tauchten jedoch Probleme auf. Die bei der TKÜ eingesetzte Software CASE NRW ist nicht mit dem speziellen Vergrößerungs- und Vorleseprogramm kompatibel, das blinde Menschen für ihre Arbeit benötigen.

ZAHLEN UND FAKTEN

- > Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat rund 44.000 Mitarbeiter. Davon haben über 2.900 Menschen eine schwere Behinderung mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent. Weitere 1.328 haben eine Behinderung geringeren Grades. Somit haben rund 10 Prozent der Mitarbeiter der Polizei Nordrhein-Westfalen eine Behinderung.
- > In den vergangenen 15 Jahren hat das Land Nordrhein-Westfalen 230 arbeitslose Menschen mit Behinderung zu Verwaltungsfachangestellten ausgebildet und unbefristet in den Landesdienst übernommen.
- > Arbeitgeber mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind verpflichtet, auf mindestens fünf Prozent dieser Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Während laut der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2010 die privaten Arbeitgeber lediglich eine Quote von 4,0 Prozent hatten, hatte die Summe der öffentlichen Arbeitgeber eine Quote von 6,4 Prozent.
- > Im Landeskriminalamt NRW arbeiten 87 Menschen mit Behinderung. Das entspricht einer Quote von acht Prozent.

»Das war ein herber Rückschlag«, so Erika Ullmann-Biller, »doch wir haben uns nicht entmutigen lassen und bald kam die Idee auf, blinde Menschen in der Auswertung und Analyse einzusetzen.« Schnell stand fest: Die dort genutzten Programme sind mit der Spezialsoftware kompatibel. Damit trat das Projekt in seine letzte Phase. Seit dem Juni vergangenen Jahres arbeiten zunächst einmal für zwei Jahre zwei hochgradig sehbehinderte Mitarbeiter im Dezernat 31 der Abteilung 3 des Landeskriminalamtes NRW. Sie nehmen die gleichen Aufgaben wahr, wie die dort tätigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Zwei Jahre lang werden ihre Arbeitsplätze aus öffentlichen Geldern gefördert. »Ich hoffe, dass sie danach übernommen werden«, sagt Erika Ullmann-Biller, für die es schön war zu sehen, was möglich ist, wenn alle an einem Strang ziehen. Und sie freut sich ganz besonders über eine Würdigung, die ihr Projekt erhalten hat. »Herr Schürmann ist dafür vom Blinden- und Sehbehindertenverband NRW mit der Ehrenmedaille ausgezeichnet worden.« ///

Katerina Breuer

AUSBLICK

In der nächsten Streife berichten wir ausführlich über Astrid Arndt und Michael Ozimek, die beiden blinden Bediensteten beim LKA und über ihre Erfahrungen seit Beginn des Projektes im Juni vergangenen Jahres.

Brückenschlag zwischen den Kulturen

Uwe Böhm erhält Preis des Integrationsrats der Stadt Hagen



von links nach rechts: Polizeipräsident Frank Richter und Preisträger Uwe Böhm

Auszeichnung für KHK Uwe Böhm in Hagen: Anfang Februar 2013 wurde dem Kriminalhauptkommissar im Ratssaal der Stadt von Oberbürgermeister Jörg Dehm der Preis des Integrationsrats der Stadt Hagen überreicht. Mit dem Preis wurde Uwe Böhm für sein beispielhaftes Engagement als Kontaktbeamter für muslimische Institutionen ausgezeichnet.

Der Kriminalhauptkommissar hat in den letzten Jahren durch seine Arbeit im Polizeipräsidium entscheidend dazu beigetragen, die Beziehung zwischen der Polizei Hagen und der muslimischen Bevölkerung aufzubauen. Es ist ihm gelungen, auf beiden Seiten Vorurteile abzubauen. Polizeipräsident Frank Richter würdigte ebenfalls das Engagement des Kontaktbeamten für muslimische Institutionen (KMI) und freut sich mit Kriminalhauptkommissar Uwe Böhm über dessen Auszeichnung.

Auch außerhalb Hagens kann Uwe Böhm bereits Erfolge vorweisen. So hat er viele Türen geöffnet, Kontakte mit dem Landesintegrationsrat aufgebaut und das »Hagener Modell« in Nordrhein-Westfalen bekannt gemacht. Außerdem ist es dem Hagener Integrationsrat gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) gelungen, eigene Schwerpunkte innerhalb der Ausbildung zu setzen, die auch bereits beim LAFP umgesetzt werden. ///

Redaktion Streife

In neuer Funktion



Polizeidirektor Manfred Scheibe wurde am 26.02.2013 zum Leitenden Polizeidirektor ernannt. Gleichzeitig wurde ihm die Funktion des Leiters der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz beim Polizeipräsidium Wuppertal übertragen.

Polizeidirektor Martin Mester, Leiter Polizeiinspektion Münster beim Polizeipräsidium Münster, wurde mit Wirkung vom 01.03.2013 zur Kreispolizeibehörde Borken versetzt. Dort wurde ihm die Funktion des Leiters der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz übertragen.

Polizeioberst Frank Kujau, Teildezernatsleiter 52.2 beim LAFP NRW, wechselte am 01.02.2013 zur Kreispolizeibehörde Ennepe-Ruhr-Kreis, wo er die Funktion des Leiters der Direktion Verkehr wahrnimmt.

Polizeidirektor Georg Bartel wechselte mit Wirkung vom 01.03.2013 vom MIK NRW zum Polizeipräsidium Oberhausen. In Oberhausen nimmt er die Funktion des Direktionsleiters Gefahrenabwehr/Einsatz wahr, nachdem er zuletzt als Referent im Referat 414 beim MIK NRW tätig war.

Herausragende polizeiwissenschaftliche Forschungen gesucht Der »Preis der Deutschen Hochschule der Polizei 2013«

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) vergibt im Jahr 2013 als gemeinsame Bildungs- und Forschungseinrichtung der Polizeien des Bundes und der Länder den Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten zu Themen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und kann bei mehreren preiswürdigen Arbeiten auch geteilt werden.



**Deutsche
Hochschule der Polizei**

Für diesen Preis bewerben kann man sich mit unveröffentlichten oder nach dem 1. Januar 2012 veröffentlichten Arbeiten in deutscher oder englischer Sprache, die bedeutende Beiträge zur polizeiwissenschaftlichen Forschung leisten und den Behörden und Einrichtungen der Polizeien von Bund und Ländern neue Erkenntnisse erschließen. In Frage kommende Themen umfassen den gesamten Bereich der polizeiwissenschaftlichen Forschung. Besonders erwünscht sind interdisziplinär ausgerichtete Arbeiten. Neben Dissertationen, Habilitationsschriften und anderen wissenschaftlichen Texten können auch herausragende studentische Abschlussarbeiten (Master- bzw. Diplomarbeiten) eingereicht werden.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Arbeiten von Mitgliedern der Hochschule oder solche, die mit Unterstützung der DHPol entstanden sind. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine Kommission der Deutschen Hochschule der Polizei unter Ausschluss des Rechtsweges.

Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 30. September 2013 (Eingang bei der DHPol). Der Einsendung ist eine kurze Biographie der Verfasserin oder des Verfassers beizufügen. Der Preis wird im Frühjahr 2014 vergeben. /// **Norbert Reckers DHPol**

@ Weitere Auskünfte erteilt die Deutsche Hochschule der Polizei, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit; Telefon: 02501/806-230, Fax: 02501/806-423, E-Mail: pressestelle@dhpol.de oder unter www.dhpol.de





Ein Tag mit uns – diesmal in Dortmund

Die Landespolizeischau wird akribisch organisiert



POLIZEI

Nordrhein-Westfalen

Ein Tag mit uns!

13.7.2013 Dortmund

Landespolizeischauen gibt es in Nordrhein-Westfalen nur alle drei Jahre. Nach Bonn, Bielefeld und Aachen wird die Großveranstaltung nun am 13. Juli in der Dortmunder Innenstadt stattfinden. Ein Tag, der eine umfangreiche Planung erfordert.

Das Gebiet innerhalb des Dortmunder Innenstadtrings ist die Kernzone des Landespolizeitags, der unter dem Motto »Ein Tag mit uns« steht. Im Dortmunder Polizeipräsidium (PP) wurden in einem ersten Schritt farbige Fähnchen und Karteikarten auf die Luftbilder einzelner Bereiche der Dortmunder Innenstadt geklebt. Die Planer verschafften sich so einen ersten groben Überblick: Die Farbe Rot steht dabei für einen Stand oder eine Aktionsfläche zum Thema Kriminalität, Blau für externe Teilnehmer wie die Gewerkschaften oder Polizeiseelsorge, Gelb gehört zum Thema »Einsatz« und Weiß kennzeichnet die Aktivitäten der

Öffentlichkeitsarbeit. Die Fähnchen und Kärtchen sind bunt gemischt, und das ist auch genau so beabsichtigt: »Wir wollen ein Mischkonzept haben«, sagt Volker Aschoff, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit beim PP Dortmund. »Alle Fachrichtungen sollen im gesamten Stadtgebiet verteilt werden, damit die Besucher, die vielleicht nicht alle Flächen besuchen können, trotzdem einen großen Teil von unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Polizei sehen.« In mehreren Schritten wurde aus diesem Grobkonzept inzwischen ein Feinkonzept, das jetzt ganz genau aufzeigt, wo am 13. Juli welche Aktion wann auf welchem Raum stattfinden wird.

Vom Grobkonzept zur Feinplanung

Im Polizeipräsidium Dortmund laufen die Vorbereitungen für die Veranstaltung bereits seit Ende Oktober vergangenen Jahres. Zum Start gab es eine Veranstaltung, bei der das Projekt allen Kreispolizeibehörden vorgestellt wurde. Sie wurden dazu aufgerufen, ihre Aktivitäten in einem Meldebogen aufzulisten und in Dortmund einzureichen. Und sie machten reichlich davon Gebrauch.

Fünf Teilprojekte sind an der Planung beteiligt: Einsatz, Kriminalität, Aus- und Fortbildung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Haushalt, der für Logistik und Beschaffung zuständig ist. Projektleiter ist der Leitende Regierungsdirektor Ingolf Möhring, Geschäftsführer ist Kriminaloberrat Frank Schulz. Er wird mit seinen Mitarbeitern ein detailliertes Sicherheitskonzept erarbeiten. Denn auch wenn die Polizei eine Großveranstaltung macht, muss genau festgelegt werden, wie viele Menschen vermutlich wo hin kommen werden und wie man für deren Sicherheit garantiert: Es muss klar sein, wie viele Rettungswagen und Ersthelfer benötigt werden oder welche Flächen als Fluchtwege genutzt werden können und deswegen frei bleiben müssen. Auch eine Abstimmung der gesamten Planung mit der Feuerwehr musste im Vorfeld erfolgen. Das machte die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit der Geschäftsführung. >



Foto: PP Dortmund

PHK Andreas Bachmann (l.), POK'in Melanie Durczak (r.)

Polizeihauptkommissar Andreas Bachmann und Polizeioberkommissarin Melanie Durczak haben dann viel an der Konkretisierung der Pläne mitgewirkt, unter anderem arbeiteten sie alle Angaben zu den vielen Programmpunkten in das Computerprogramm für das Feinkonzept ein, das als Grundlage für das Flächenmanagement dient. Volker Aschoff und Marisa Jankers sorgen schließlich für das Konzept des Flächenmanagements und für die Bewerbung der Veranstaltung.

Spektakuläre Action und Mitmachaktionen

Am 13. Juli zeigt die Polizei in der Zeit von 10.30 Uhr bis 19 Uhr ein beeindruckendes Feuerwerk an publikumswirksamen Programmpunkten. Damit demonstriert sie, mit welcher guten Ausrüstung sie professionell arbeitet: Vom Spezialeinsatzkommando (SEK) bis zur Wasserschutzpolizei, von der Reiterstaffel bis zum LKA »Cybercrime-Center«. »Wir sind vielfältig und wir wollen uns als Einheit darstellen. Das wollen wir nach außen zeigen«, meint Volker

Aschoff. »Wenn man sich wirklich alles anschauen will, benötigt man den ganzen Tag.« Am besten beginnt man das Vormittagsprogramm 10.30 Uhr bis 14.00 Uhr im Dortmunder Hafen. Dort wird das SEK mit einem Hubschrauber anfliegen, auf dem Ausflugsboot St. Monika Einsatzkräfte absetzen und dort eine Geiselnahmesituation lösen. Das ist am Vormittag ein Highlight. Auch Boote der Wasserschutzpolizei und die Leichenspürhunde präsentieren sich mit Vorführungen im Hafen. Im Bereich der Innenstadt wird die Fußgängerzone an der Reinoldikirche als eine Schwerpunktfäche genutzt. Dort werden verschiedene Fahrradstaffeln Vorführungen machen, und zwar keine Stunts oder Akrobatik, sondern sie stellen Szenen aus der täglichen Arbeit nach wie beispielsweise die Festnahme von Tätern. Auf dem Friedensplatz präsentieren sich die Landesreiterstaffel und die Hundestaffel. Der zentrale Hansaplatz steht der Landespolizeischau leider erst ab 16 Uhr für die Landespolizeischau zur Verfügung, denn vorher ist dort Wochenmarkt. »Danach sollen dort aber nachmittags Fallschirmspringer landen«, kündigt Volker Aschoff an.

Es gibt viele Mitmachelemente, bei denen meist die Prävention im Vordergrund steht: So wird beispielsweise von den Dortmunder Stadtwerken ein Bus für das Thema »Sicherheit von Senioren im Straßenverkehr« zur Verfügung gestellt. Dort können Senioren mit Mitarbeitern des Kommissariats Kriminalprävention/Opferschutz direkt kleinere Aktionen üben. Es sind auch zahlreiche Mitmachaktionen für Kinder geplant. Sie sollen Polizei von Anfang an positiv erleben. So treten auf der Kampstraße Puppenspieler auf. Kinder können die Geschwindigkeit messen lassen, die sie auf dem Fahrrad erreichen und es gibt auch einen Bobbycar-Parcours. Auch die Erwachsenen können Experimente machen: Sie erfahren am eigenen Leib, welchen Belastungen ein Polizist oder eine Polizistin ausgesetzt sein kann. Dafür treiben sie zuerst die Atemfrequenz auf dem Spinningrad hoch und versuchen direkt danach, gezielt zu schießen. »Sie werden bemerken, wie schwer das ist und wie sehr man dabei zittern kann«, meint Volker Aschoff.

»Es geht ganz wesentlich darum, den Kontakt zwischen Bürgern und Polizei zu verbessern«

Volker Aschoff

Der Dialog mit den Besuchern steht auch in den Zelten im Mittelpunkt. Dort präsentieren beispielsweise die Landespräventionsinitiativen und das Landeskriminalamt (LKA) ihre Arbeit, ganz nach dem Motto der Polizei NRW: Bürgerorientiert, professionell, rechtsstaatlich. »Es geht ganz wesentlich darum, den Kontakt zwischen Bürgern und Polizei zu verbessern«, erläutert Volker Aschoff, »und dies auch im Sinn einer Rückmeldung: Wie kommen wir bei den Bürgern an? Das erfährt man in einer entspannten Atmosphäre wie bei einer Landespolizeischau sehr gut.«

Die Aufgaben sind gut verteilt

Damit am 13. Juli alles glatt geht, arbeitete die Dortmunder Polizei bei der gesamten Feinplanung ganz eng mit der »Dortmund Agentur« zusammen, die seitens der Stadt für die Durchführung von Großveranstaltungen zuständig ist. Sie sagte den Planern, welche Flächen wie genutzt werden können. Am Tag selbst wird es Platzverantwortliche geben, die beispielsweise nur für den Friedensplatz zuständig sind und

die vorher mit den Zeltbauern genau klären: Wo kommen die 3x3-Meter-Zelte hin, wo die 5x5-Meter-Zelte, wo gibt es kleine Biergärten zum Verweilen? Es wird auch Bühnenverantwortliche geben, die dann nur für das Programm auf »ihrer« Bühne zuständig sind.

50.000 Menschen werden kommen

Der Termin der Landespolizeischau liegt günstig eine Woche vor den Sommerferien. Deshalb erwarten die Veranstalter an diesem Tag rund 50.000 interessierte Bürgerinnen und Bürger. Die Landespolizeischau wird auf vielen Kanälen beworben. Es gibt ein Plakat, das allen Kreispolizeibehörden zugeleitet wurde. Alle Netzwerkpartner der Präventionsarbeit werden mit ins Werbekonzept einbezogen. Am 15. April startete in Dortmund eine große Plakataktion. Über die Facebook-Seite der Polizei Dortmund wird ab dem 1. Mai in jeder Woche eine neue Aktion der Landespolizeischau vorgestellt. Großflächige Banner werden am Polizeipräsidium sowie an der B 1 aufgehängt, um auf die Landespolizeischau aufmerksam zu machen. Volker Aschoff setzt auch auf die guten Kontakte

zu den Ruhr-Nachrichten, damit bereits vor der Veranstaltung häufig darüber in der Lokalzeitung geschrieben werden wird. Übrigens sind nicht nur alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, an diesem Tag nach Dortmund zu kommen. »Natürlich sind auch alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Land herzlich willkommen«, meint Volker Aschoff. »Die wenigsten kennen alle Präsentationen und Themenfelder. Und das Live-Erlebnis ist auch für sie etwas Besonderes. Man kann mit Kollegen sprechen, die man bislang noch nicht kennt. Und man kann auch seinen Kindern und der Familie zeigen, was die Polizei in NRW alles macht und kann.« ///

Walter Liedtke

PRISMA



Verbesserte rechtliche Grundlagen für die Polizeiarbeit

Novellierung des PolG NRW/Änderung des POG NRW

Die Landesregierung hat Anfang März 2013 die Novellierung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes und eine kleinere Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes auf den Weg gebracht. Die Änderungen betreffen vor allem die Videobeobachtung, die Erhebung von Daten rund ums Telefonieren/Internet sowie die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Der Gesetzentwurf wird nun im Landtag beraten werden.

Die Befugnis der Polizei zur Datenerhebung durch den Einsatz von Videobeobachtung zur Verhütung von Straftaten in § 15a Absatz 5 PolG NRW ist bis zum 31. Juli 2013 befristet. Die Videobeobachtung ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre jedoch ein wichtiges technisches Hilfsmittel der polizeilichen Gefahrenabwehr, das die Einsatzkräfte in die Lage versetzt, konkrete Gefahren bereits im Ansatz zu erkennen und zu unterbinden. Durch die Einbindung in ein Gesamtkonzept zum Vorgehen bei Störungen können durch den Einsatz der Videobeobachtung Gefahren abgewehrt werden. Um die Videobeobachtung auch nach dem 31. Juli 2013 weiter einsetzen zu können, wird die Frist zur Erlaubnis von Videobeobachtung um weitere fünf Jahre verlängert. Die beiden erfolgreichen Videobeobachtungsanlagen in Düsseldorf und Mönchengladbach können also weiter betrieben werden.

Erhebung von Daten rund ums Telefonieren / Internet

Im Bereich der Erhebung von Telekommunikations- und Telemediendaten zur Gefahrenabwehr machen die verfassungsrechtlichen Anforderungen an Normen, die in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen, eine neue Regelung der polizeilichen Befugnisse nötig. Insbesondere die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Januar 2012 (Az.: 1 BvR 1299/05) erfordert Änderungen. Nach dieser Entscheidung muss der Gesetzgeber bei der Einrichtung eines Auskunftsverfahrens Rechtsgrundlagen sowohl für die Übermittlung durch die Diensteanbieter (im Telekommunikationsgesetz und Telemediengesetz) als auch für den Abruf von Daten durch die Sicherheitsbehörden schaffen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber dazu eine Umsetzungsfrist bis zum 30. Juni 2013 gesetzt. Würde das nordrhein-westfälische Polizeigesetz (PolG NRW) nicht geändert, könnten bei den Diensteanbietern keine Telekommunikations- und Telemediendaten mehr abgefragt werden. Auch die Erhebung von bestimmten Telekommunikationsdaten durch eigene technische Mittel der Polizei (mit dem IMSI-Catcher) bedarf einer Regelung. Beide Maßnahmen der Gefahrenabwehr sind in der täglichen Einsatzpraxis der Polizei NRW zum Schutz von hochrangigen Rechtsgütern notwendig, vor allem bei Suizidenten, Kindern, hilflosen Personen, die ärztlicher Hilfe bedürfen usw. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 24. Januar 2012 (Az.: 1 BvR 1299/05) außerdem entschieden, dass die Zuordnung von dynamischen IP-Adressen einen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 Grundgesetz (GG) darstellt. Wegen des Zitiergebots (Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 GG) ergibt sich daher auch hier die Notwendigkeit einer Anpassung des PolG NRW.

Mit der Einfügung eines § 20a und eines § 20b PolG NRW werden für die Auskunftsansprüche der Polizei über Telekommunikations- und Telemediendaten und die Datenerhebung mit eigenen technischen Mitteln der Polizei spezielle normenklare Eingriffsermächtigungen geschaffen. Im Hinblick auf die Ermittlung und Zuordnung von dynamischen IP-Adressen erfolgt ein Grundrechtseingriff in das Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 GG). Deswegen muss der § 7 des PolG NRW angepasst werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Das Polizeiorganisationsgesetz (POG) ermöglicht bislang gemeinsame Einsatzformen mit ausländischen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im Inland und umgekehrt im Ausland nur nach Maßgabe zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Im sogenannten Prümer Vertrag wurde eine zwischenstaatliche Vereinbarung zu gemeinsamen Einsatzformen getroffen. Sie ist inzwischen in den Rechtsrahmen der Europäischen Union überführt worden, und zwar als Beschluss 2008/615/JI des Rates der Europäischen Union zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Regelungen dienen insbesondere der Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität. Um auch weiterhin auf dieser Grundlage gemeinsame Einsatzformen zu ermöglichen und den nicht unmittelbar geltenden Ratsbeschluss umzusetzen, wird nun im POG ausdrücklich auf entsprechende Rechtsakte der Europäischen Union Bezug genommen. ///

Dr. Manuel Kamp, MIK NRW



PK'in Johanna Stricker (m.) im Kreis ihrer französischen KollegInnen.

Les commissariats européens Gemeinsamer Einsatz in Frankreich

Frankreich gehörte wie Deutschland zu den sieben Staaten, die am 27. Mai 2005 in der Eifelstadt Prüm den »Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration« unterzeichneten. Fünf Jahre danach wurde der Vertrag in den Rechtsrahmen der Europäischen Union übernommen und er gilt seitdem für alle Mitgliedstaaten. Der grenzüberschreitende Informationsaustausch zu Kfz-Registerdaten sowie den Abgleich von Fingerabdrücken und DNA-Daten wird seitdem zunehmend automatisiert. Daneben ermöglicht die Gesetzeslage auch die operative Zusammenarbeit durch gemeinsame Streifen.

Seit der französischen Ratspräsidentschaft 2008 in der Europäischen Union bittet die französische Nation ihre Nachbarstaaten um Unterstützung bei sogenannten »Europäischen Kommissariaten«. Diese werden immer da eingerichtet, wo viele ausländische Besucherinnen und Besucher unterwegs sind, zum Beispiel, um ihren Urlaub zu verbringen. Deutsche Polizeibehörden entsenden seitdem neben anderen Mitgliedstaaten jährlich bis zu zwanzig Polizeivollzugskräfte nach Frankreich, um deutsche Touristinnen und Touristen präventiv zu betreuen und bei Straftaten als Vermittelnde und Übersetzende bereit zu stehen. Die Polizei NRW hat dazu einen großen Anteil an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gestellt.

Die Einsätze können durchaus anstrengend sein. Bei Temperaturen bis 40 Grad

Celsius gehen die Polizistinnen und Polizisten sechs bis acht Stunden auf Streife, sprechen ununterbrochen Französisch und teilen z. T. ihre spartanische Unterkunft mit anderen Bediensteten. Es gibt auch geteilte Schichten, die durch eine mediterrane Mittagspause unterbrochen werden.

Trotz aller Widrigkeiten ist die Zahl der französischsprachigen Bewerberinnen und Bewerber aus den Polizeibehörden jedes Jahr beachtlich hoch. Ihr Engagement, sich dieser Herausforderung zu stellen und ihre Sprachkenntnisse anzuwenden, wird durch vielfältige neue Erfahrungen belohnt. Neben der persönlichen Herausforderung sind diese Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit ihrem professionellen Auftreten auch »Botschafter« der Polizei Deutschlands.

Dazu gehört auch Polizeikommissarin Johanna Stricker vom Polizeipräsidium (PP) Düsseldorf. Sie berichtet der »Streife« über ihren Einsatz im Sommer 2012:

Ein deutsch-französisches Streifenteam

»Zusammen mit meiner Kollegin Brigitte Otten vom Polizeipräsidium Bochum war ich in Paris eingesetzt. Am ersten Tag erhielten wir einen Schnellkurs in französischem Recht und Eingriffsrecht und bekamen das auch an praktischen Beispielen erläutert. Wir galten ab diesem Zeitpunkt als volle Einsatzkräfte und hatten die gleichen hoheitlichen Rechte wie die französischen Kolleginnen und Kollegen, sodass wir u. a. Personenkontrollen und Durchsuchungen nach französischem Recht durchführten. Der »Schnellkurs« hat mir geholfen, rechtliche Unsicherheiten bei Zwangsmaßnahmen zu klären, wie z. B. das richtige Verhalten bei Widerstand oder Waffengebrauch. Wir waren kein »schmückendes Beiwerk« anderer Einsatzkräfte, sondern wir bildeten ein französisch-deutsches Streifenteam. Das Tragen der Schussweste war verpflichtend. Aus Eigensicherungsgründen ist es notwendig, ein sehr gutes Schulfranzösisch zu sprechen und Fachvokabeln bzw. Polizeibegriffe zu beherrschen.

Ich war dem 1. Arrondissement von Paris und ausschließlich dem Spätdienst zugeteilt, da sich die Touristen hier vorwiegend in den Mittags-, Nachmittags- und Abendstunden im Bereich des Louvre, am Seineufer und im Parc Tuileries aufhalten. Zunächst durchlief ich mehrere Abteilungen und war als Fuß- und Fahrradstreife unterwegs. Die Einsatzanlässe waren z. B. Verkehrskontrollen, Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen, Sicherstellung kleinerer Mengen von Betäubungsmitteln, Alarmauslösungen, verdächtige Gegenstände und Ladendiebstähle.

Deutsche Touristen waren durchweg positiv überrascht, eine deutsche Polizeibeamtin in Frankreich zu sehen. Sie sprechen kaum Französisch und die französischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten kein Deutsch. So konnte ich vor Ort aktuelle Fragen beantworten und auch präventiv auf die örtlich agierenden Tätergruppen und ihre Techniken hinweisen.

Wenn auf der Wache deutsche Opfer zur Anzeigenerstattung erschienen, habe ich ihre Angaben übersetzt. Telefonisch habe ich andere Polizeiwachen unterstützt, wenn Deutsche ein Anliegen meldeten, wie z. B. eine Verkehrsunfallflucht. Selten wurde ich für deutsche Beschuldigte angefordert.

Körperlich und sprachlich waren die Dienste anspruchsvoll. Die Menge an Bürgerkontakten, das aktive Einschreiten und die geistige Herausforderung durch den Gebrauch der Fremdsprache waren aber gleichzeitig eine sehr angenehme und zufriedenstellende Erfahrung.

Sowohl die französischen Bürgerinnen und Bürger als auch die Touristinnen und Touristen akzeptieren das Einschreiten der deutschen Polizistinnen und Polizisten in Frankreich und sind erfreut

über den direkten persönlichen Kontakt, was sich in vielen Gesprächen äußerte. Mir hat dieser Dienst sehr viel Spaß gemacht und ich bin stolz, an so einem Programm beteiligt gewesen zu sein.«

Neue Ausschreibungen für 2013

Auch 2013 ist Frankreich wieder an das Bundesministerium des Innern herangetreten und hat um Unterstützung z. B. in Bordeaux, Avignon oder Marseille gebeten. Gleichmaßen bietet Frankreich auch seine Unterstützung in deutschen Städten an, die eine Vielzahl französischer Besucherinnen und Besucher erwarten.

Sobald die näheren Einsatzdaten vorliegen, werden die Polizeibehörden darüber informiert. Die Stellenausschreibung wird außerdem im INTRAPOL veröffentlicht. ///

Beate Loos, MIK NRW



@ Ein Video über die Zusammenarbeit in »Europäischen Kommissariaten« finden Sie im Internetangebot der französischen Regierung unter: <http://www.gouvernement.fr/gouvernement/les-commissariats-europeens>



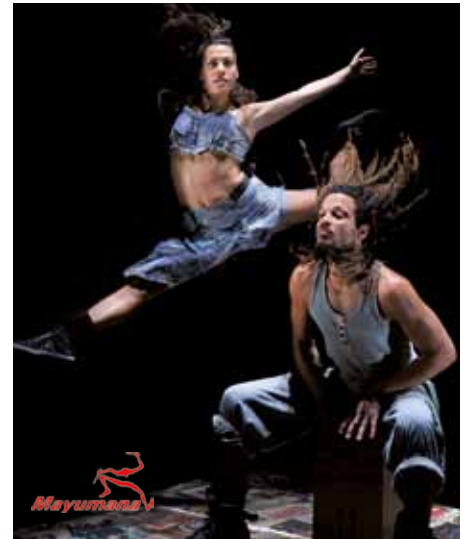
Multimediale Percussion- und Tanzshow Verbündete im Dienst des Rhythmus

Nach einem fünfmonatigen Gastspiel in New York und ausgedehnten Tourneen durch Europa, Nord- und Südamerika kommt das Ensemble »Mayumana« mit seiner aktuellen Show »Momentum« nun zum ersten Mal nach Deutschland – ins Düsseldorfer Capitol Theater.

Mehr als 100 Multitalente aus mehr als zwanzig Nationen lassen in der Show Percussion, Bewegung und Hochtechnologie zu einem mitreißenden Erlebnis werden. »Mayumana« schafft im Zusammenspiel zwischen Körperlichkeit und Hochtechnologie eine völlig neue Showsprache. Das Fundament von »Mayumana« bilden der Tanz und der Rhythmus: Rhythmus ist das Pochen des Herzschlags, kunstvoll zerpflühtes Wasser, flirrend geschlagene Klangkisten und meisterhaftes Beatboxing, wenn aus dem Mund eines Künstlers das Zischen, Wummern und Knacken dringt, das man allenfalls teuren Computern zutraut. Rhythmus ist aber auch der entschlossene Befreiungstanz in mannshohen, übereinander gestapelten Klangkabinen, die Techniker mit empfindlichen Sensoren ausgestattet haben. Intelligente Mikrofone versetzen das Publikum in die Lage, aktiv am Rhythmusrausch teilzuhaben. Zum mal bedrohlichen und dann wieder ermunternden Ticken der Uhr offeriert ein geräuschempfindlicher Bühnenboden seine eigenen Antworten.

»Momentum« ist im Capitol Theater, Erkrather Str. 30, 40233 Düsseldorf, zu sehen. Karten sind für 19,50 bis 54,50 € (zzgl. Vorverkaufsgebühr und 2 € Systemgebühr pro Ticket) erhältlich. Alle Streife-Leser erhalten bei Nennung der Kunden-PIN 121498 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf den Kartennettowert unter 0211/73 44 120.

Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für »Mayumana« in Düsseldorf. Um daran teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 15. Mai 2013 einsenden an:
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
E-Mail: streife@mik.nrw.de
 Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse eingeben. Danke!



Kartenspiel	▼	verbraucher Schmierstoff	▼	Hinweis	Körperteil	Abk.: elektron. Berichtserstattung	Gesamtanschauung	▼	Speisenbestandteil	langsam garen im geschl. Topf	ital.: drei
gemauertes Ufer	▶			willentlich, gewollt	▼						
Buchstabenfolge	▶	Q7							Zeichen für Chrom	▶	
▶	Q1			Augenfehler		kürzeres Gelächter	▶				
Abk.: Hypertext Transfer Protocol	▼	Vermögensstamm		schott. Dichter (Walter) † 1832	▶				Schubfach	Q5	Backwerk
Teil der Blüte	▶					Riesenschlange		anerkennde Worte	▶		
▶				Leitmotiv		seltensam, wunderbar	▼				Q2
Ausdruck der Multiplikation		Bundesland Österreichs	▶				Q3	kurz für Deodorant	▶		
▶						Vorweihnachtszeit				Q6	
Laubbaum		Fußballmannschaft	▶					Auflösung des letzten Rätsels			
▶			Q4					V ■ A ■ M ■ L ■ S ■ E ■ E ■ L ■ EDEN ■ KUL ■ ISSE ■ ROUTE ■ RUINO ■ ES ■ MIT ■ TIKEN ■ I ■ ZONE ■ L ■ BOXEN ■ ELTON ■ O ■ Z ■ OLE ■ IN ■ CHOR ■ EPS ■ AGIEREN ■ RECKE ■ ER ■ L ■ SEHR ■ HEI ■ NENNER ■ ABART ■			
laute Klage	▶	Abk.: Anzeige						(1-5) Licht			

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Katerina Breuer, Dr. Jörg Bockow,
Dr. Manuel Kamp (MIK),
Helmut Lennartz (PP Aachen), Beate Loos (MIK)
Walter Liedtke, Norbert Reckers (DHPol),
Michael Reskal (MIK), Simone Wroblewski

Grafische Gestaltung und Satz

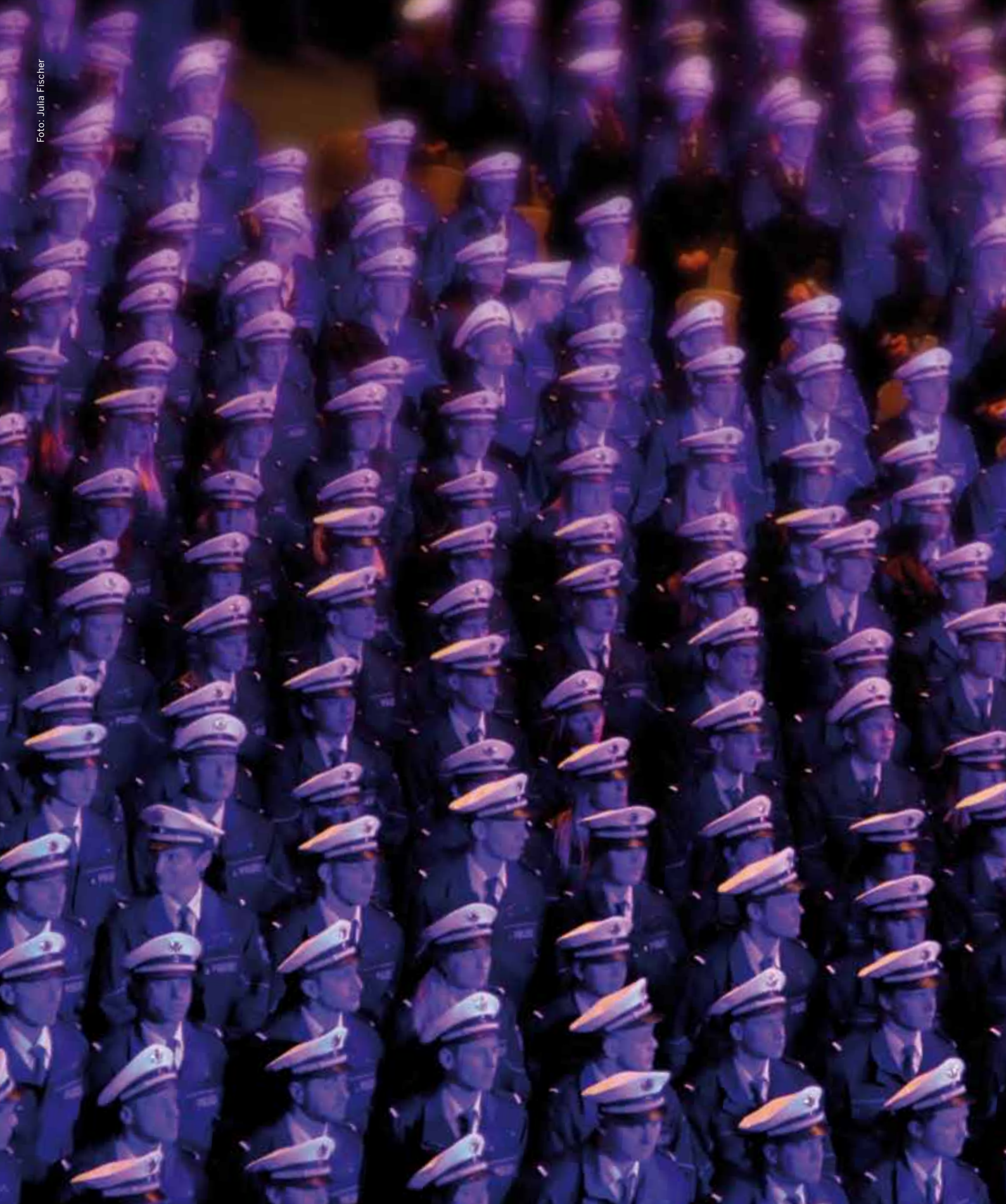
designt Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: Condat matt Perigord,
FSC-zertifiziert



Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen